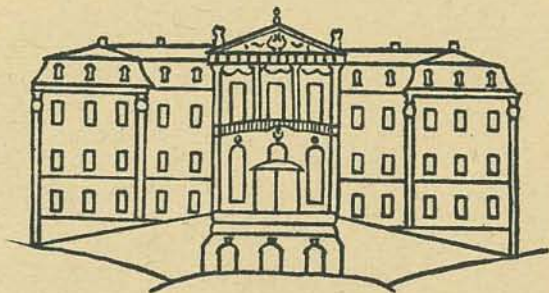


Hefte aus Burgscheidungen

Prof. Dr. rer. oec. habil. Harald-Dietrich Kühne

Gemeinsamkeit in Weg und Ziel

Die politische Bedeutung
der sozialistischen ökonomischen Integration



190

Herausgegeben vom Sekretariat des Hauptvorstandes
der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands

Anlagen:

St 4496

Hefte aus Burgscheidungen

Prof. Dr. rer. oec. habil. Harald-Dietrich Kühne

Gemeinsamkeit in Weg und Ziel

Die politische Bedeutung
der sozialistischen ökonomischen Integration

1973

Herausgegeben vom Sekretariat des Hauptvorstandes
der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands

St 112 ex Bp -

Überarbeitete Fassung einer Lektion, die im Januar 1973 vor Kreissekretären und Instruktoren der Bezirksvorstände der CDU an der Zentralen Schulungsstätte „Otto Nuschke“ in Burgscheidungen gehalten wurde

Im politischen Gespräch vieler Bürger unseres Staates über die Grundfragen und Haupttendenzen unserer Epoche nehmen Probleme der sozialistischen Integration, der intensiven wirtschaftlichen Zusammenarbeit der RGW-Mitgliedsländer einen wichtigen Platz ein. Neben einem berechtigten Informationsbedürfnis über Ursachen und Verlauf der Wirtschaftsintegration, über die einzelnen Formen und Methoden des Zusammenschlusses aller geistigen und materiell-technischen Potenzen der sozialistischen Staaten, über die gemeinsamen Projekte und ihre Bedeutung für die Volkswirtschaft der DDR werden Fragen aufgeworfen, die den politisch-ideologischen Horizont der sozialistischen Integration berühren, z. B. das Verhältnis zwischen gemeinsamen Interessen, gegenseitigen Vorteilen und Nutzeffekt für die Volkswirtschaften, zwischen Weltoffenheit und Festigung der Kooperation sozialistischer Staaten, zwischen sozialistischen und imperialistischen Integrationsmodellen.

Entscheidend für eine sachliche, lebensnahe und ebenso langfristig orientierte, d. h. überzeugende Beantwortung der dazu an uns herangetragenen Fragen und aufgeworfenen Probleme ist die immer spürbarer werdende Tatsache, daß die sozialistische ökonomische Integration in ihrer Effektivität nur voll zu erfassen ist, wenn man an sie vom Standpunkt des sozialistischen Internationalismus und der wachsenden Überlegenheit des Weltsozialismus auf allen Gebieten der internationalen Politik herangeht. Die Entwicklung der allseitigen Zusammenarbeit der sozialistischen Länder, die Festigung der Stärke und Einheit der Bruderländer, die immer bessere Koordinierung ihrer Politik spielen heute eine zunehmende Rolle bei den positiven Wandlungen auf dem internationalen Schauplatz.

„Immer deutlicher spürbar wird auf allen Lebensgebieten der Prozeß der gegenseitigen Annäherung zwischen den Ländern und Völkern unserer Gemeinschaft. Ihre allseitige Integration eröffnet neue Möglichkeiten und weite Horizonte... Bis in den Bereich der unmittelbaren menschlichen Begegnung hinein zeigt sich nun im täglichen Leben, daß der sozialistische Internationalismus die aus der alten Gesellschaft überkommenen Schranken niederreißt, daß er die Völker zu einer neuen Gemeinsamkeit des Herzens und der Tat zusammenführt und im Ringen um gemeinsame gesellschaftliche Ziele vereint“, sagte Gerald Götting in seinem Referat auf dem 13. Parteitag der CDU in Erfurt.¹

I. Sozialistische Integration setzt neue Denk- und Verhaltensmaßstäbe

In der politischen Argumentation, in Veröffentlichungen und Gesprächen wird in der Regel der objektive, gesetzmäßige Charakter der sozialistischen Integration, besonders der Wirtschaftsintegration hervorgehoben. Aus ihrer bestimmenden Grundlage, dem Wesen der sozialistischen Produktionsverhältnisse, folgt jedoch gleichzeitig, daß die Verwirklichung einer solchen Aufgabe von historischer Größe, die in mehreren Etappen durchaus nicht gradlinig erfolgt, in den Einzelheiten die Erforschung noch unbekannter und komplizierter Wege notwendig macht, das bewußte und zielgerichtete Handeln der Menschen auf einer qualitativ höheren Plattform verlangt. Dem subjektiven Faktor kommt im Integrationsprozeß eine wesentliche und ausschlaggebende Bedeutung zu. Es handelt sich vor allem um die Vertiefung der internationalistischen Grundüberzeugungen und um die Herausbildung integrations-spezifischer Denk- und Verhaltensweisen.

Die Ausprägung solcher Denk- und Verhaltensweisen der Mitglieder der CDU stellt einen festen Bestandteil der Erfüllung des gesellschaftlichen Auftrags unserer Partei dar, durch politisch-ideologische Arbeit und durch die Aktivität aller Mitglieder für das Wohl des Menschen zu wirken und die sozialistische Gesellschaft in allen Bereichen mitzugestalten. In der Erklärung des 13. Parteitag der CDU zum 50. Jahrestag der Bildung der UdSSR heißt es dazu: „Die im Verlauf von fünf Jahrzehnten aus der praktischen Verwirklichung der Leninschen Nationalitätenpolitik gewonnenen Erfahrungen sind von entscheidender Bedeutung für die weltweite Durchsetzung der Prinzipien des sozialistischen Internationalismus... Sie bekräftigen, daß das *Bündnis sozialistischer Staaten die einzige internationale Organisationsform* ist, die die Vorzüge der sozialistischen Gesellschaftsordnung auf höchst-wirksame Weise zur Geltung bringt und die Belange des sozialistischen Patriotismus mit denen des sozialistischen Internationalismus verbindet.“² Internationalismus und integrations-spezifisches Denken und Handeln gehören auch zur Verhaltensqualität und -norm des sozialistischen Staatsbürgers christlichen Glaubens.

Erstmalig wurde mit einem Parteitag der CDU begonnen, den Mitgliedern unserer Partei bewußt zu machen, daß wir unsere tätige Mitverantwortung nicht allein im eigenen natio-

nen Rahmen sehen, sondern sie im Blick auf die Entwicklung der sozialistischen Staatengemeinschaft als Ganzes wahrnehmen und praktizieren, was unlöslich mit dem zunehmenden Einfluß des Sozialismus in der gesamten Welt verbunden ist. Deshalb ist auch die Formung sozialistischer Staatsbürger christlichen Glaubens eng mit der Vertiefung internationalistischer Erkenntnisse und Verhaltensweisen verbunden; denn – so hieß es im Referat des Vorsitzenden der CDU, Gerald Götting, auf dem 13. Parteitag – in „den großen Umwälzungen, die unserer Zeit das Gepräge geben, gilt es, einen festen Standpunkt zu beziehen und klar für den Fortschritt Partei zu ergreifen. Das setzt voraus, den Charakter unserer Epoche richtig zu erkennen. Nur so ist es möglich, die internationale Entwicklung zutreffend zu beurteilen und den eigenen Beitrag eindeutig abzustecken“.³

Die Ausprägung und Festigung des Internationalismus im Denken, Fühlen und Handeln unserer Parteimitglieder bedeutet, daß sich jeder Bürger als Angehöriger der sozialistischen Staatengemeinschaft versteht, als zugehörig zu jenem großen Bruderbund, der entscheidend die revolutionäre Erneuerung der Welt bestimmt und der der Hauptgarant für Frieden und Sicherheit ist, und daß er die Interessen der Gemeinschaft als seine eigenen betrachtet. Immer ist davon auszugehen, daß die Deutsche Demokratische Republik ein unverrückbarer Bestandteil dieser sozialistischen Völkerfamilie ist und daß sich heute sozialistischer Patriotismus und sozialistischer Internationalismus in der bewußten Tat für die Stärkung und den Schutz der DDR und des sozialistischen Bruderbundes zugleich äußern.

Das Denken und Handeln unserer Parteimitglieder im Sinne des sozialistischen Internationalismus wird nicht zuletzt durch die Vertiefung der Erkenntnis beeinflußt, daß die Integration in der sozialistischen Staatengemeinschaft ein objektiver, gesetzmäßiger Prozeß ist, der alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens umfaßt. Unter diesem Gesichtspunkt ist deshalb auch das Komplexprogramm des RGW zur weiteren Vertiefung der Zusammenarbeit und Entwicklung der Wirtschaftsintegration nicht nur ein ökonomisches, sondern auch ein umfassendes gesellschaftliches Programm.

Ein solches Herangehen an die Probleme der sozialistischen ökonomischen Integration erfordert exaktes Wissen um die Gesetzmäßigkeit der Beziehungen zwischen der Herausbildung des Sozialismus als Weltsystem und dem sich in der so-

zialistischen Staatengemeinschaft herausbildenden einheitlichen Komplex planmäßig gegenseitig verbundener, sich immer stärker miteinander verflechtender nationaler Wirtschaften, der in der Perspektive zweifellos zur Schaffung einer — wie es W. I. Lenin formulierte — einheitlichen, nach einem gemeinsamen Plan durch das Proletariat aller Nationen regulierten Weltwirtschaft als Ganzes führen wird.

Objektive Grundlage für die Entwicklung der sozialistischen Integration ist die Herausbildung des sozialistischen Weltsystems als eine soziale, wirtschaftliche und politische Gemeinschaft freier, souveräner Völker und Nationen, die politische, ökonomische und ideologische Gemeinsamkeiten in sich einschließt. Sie besitzt also ihre eigenen qualitativen Merkmale, die über die Summe der Merkmale der Staaten und Nationen hinausgehen. Der gemeinsam zum Sozialismus und Kommunismus zu beschreitende Weg, die unlöslchen Bande der sozialistischen Solidarität gehören genauso zur Gemeinsamkeit der Interessen und Ziele wie der Aufbau des Sozialismus in jedem Lande und die Herausbildung qualitativ neuer internationaler Beziehungen zwischen diesen Staaten.⁴

Auf dieser Grundlage bildet sich auch ein neuer Typ von Weltwirtschaftsbeziehungen heraus, der sich diametral von der kapitalistischen Weltwirtschaft unterscheidet: volle Gleichheit, gegenseitige Achtung, Unabhängigkeit und Souveränität, brüderliche gegenseitige Unterstützung, Zusammenarbeit und beiderseitiger Vorteil stehen in Einklang mit den fundamentalen Lebensinteressen der Werktätigen sämtlicher sozialistischer Länder. Ziel der Gestaltung sozialistischer Weltwirtschaftsbeziehungen ist die noch bessere und schnellere Befriedigung der Lebensbedürfnisse der Werktätigen. Die Erhöhung der Produktion innerhalb des gesamten Weltsystems schafft die günstigsten Bedingungen für die Entwicklung von Produktion und Verbrauch in jedem einzelnen Land; nationale Interessen verbinden sich folglich mit den internationalen Interessen aller sozialistischen Länder.

In der sozialistischen Staatengemeinschaft und im Prozeß der sozialistischen ökonomischen Integration werden Vorzüge und Qualität der sozialökonomischen, politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den sozialistischen Ländern besonders deutlich sichtbar und spürbar. Zwei Tendenzen charakterisieren dies: das Aufblühen

der sozialistischen Staaten und Nationen, gleichzeitig die Überwindung der staatlichen und nationalen Schranken. Bei allen Entscheidungen gehen diese Länder von den Interessen der Staatengemeinschaft, von der dialektischen Einheit von Politik, Ökonomie und Ideologie, aber auch von der des Internationalen und des Nationalen aus.

Das Annähern, die planmäßige Koordinierung und Verflechtung der nationalen Volkswirtschaften in der sozialistischen Staatengemeinschaft stellt den spezifischen Inhalt der gesellschaftlichen und ökonomischen Integration dar; denn neue politische und wirtschaftliche Beziehungen auf der Grundlage gemeinsamer sozialökonomischer Voraussetzungen in den sozialistischen Eigentumsverhältnissen bedingen eine stärkere Ausprägung der Gemeinsamkeiten, die Entwicklung einer für das sozialistische Weltsystem typischen Tendenz der Internationalisierung des gesamten politischen, geistigen und wirtschaftlichen Lebens, was die Annäherung unter Beachtung weiterhin bestehender historischer und nationaler Unterschiede objektiv fördert. Hinzu kommen noch drei weitere Entwicklungstendenzen:⁵

1. Kein sozialistisches Land kann die vor ihm stehenden ökonomischen, wissenschaftlich-technischen und anderen Aufgaben lösen, ohne zunehmend an der internationalen sozialistischen Arbeitsteilung aktiv teilzunehmen. Je reifer die Entwicklung des Sozialismus in den einzelnen Ländern wird, um so größer wird der Zwang zur internationalen Zusammenarbeit. Das ist gegenwärtig deutlich sichtbar im ökonomischen Bereich, es zeigt sich jedoch zunehmend auch auf den anderen Gebieten der gesellschaftlichen Entwicklung.

2. In dem Maße, wie die einzelnen sozialistischen Länder zur Errichtung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft übergehen, erweitert sich der Bereich ihrer gemeinsamen Interessen erheblich, prägen sich die Gemeinsamkeiten des Sozialismus immer stärker aus. Es vollzieht sich in gewisser Weise eine Harmonisierung, eine stärkere gemeinsame Ausrichtung der Grundlinie der weiteren sozialökonomischen Entwicklung.

3. Die unerbittliche Klassenauseinandersetzung mit dem kapitalistischen System, der Kampf gegen die antisozialistische Politik des Imperialismus in Ideologie, Politik, Wirtschaft und Kultur erfordern — je größer die Fortschritte der einzelnen sozialistischen Länder in diesem Prozeß werden, je mehr sie ihre Offensive verstärken — ein um so engeres Zusam-

menwirken. Die Gemeinsamkeit der Interessen in der Klassenauseinandersetzung mit dem Imperialismus wächst zwischen den sozialistischen Ländern in dem Maße, wie sie in ihrer Entwicklung erfolgreich voranschreiten.

Dennoch wäre es falsch, aus dieser langfristig wirkenden Tendenz voreilig Schlußfolgerungen zu ziehen und den Prozeß der Annäherung künstlich zu forcieren: „Die Annäherung der Nationen ist naturgemäß ein komplizierter historischer Prozeß, bei dem sowohl unüberlegte Hast wie auch künstliche Zurückhaltung und Selbstlauf fehl am Platze sind. Hier müssen sowohl die Interessen der einzelnen Nationen als auch die gemeinsamen Interessen... in ihrer Gesamtheit Berücksichtigung finden.“⁶

Im Prozeß der Herausbildung und Festigung der sozialistischen Staatengemeinschaft kommt der sozialistischen ökonomischen Integration eine herausragende Bedeutung zu. Sie entwickelt und festigt die ökonomische Grundlage der sozialistischen Staatengemeinschaft und erhöht zugleich deren politische, militärische und ideologische Stabilität. Gerade im Prozeß der sozialistischen ökonomischen Integration zeigt sich und entwickelt sich auch die neue Qualität des gemeinsamen politischen Wollens der sozialistischen Staaten; denn die ökonomische Integration verlangt besonders eine wachsende und bewußte Aktivität der politischen Gemeinsamkeit und der internationalen Koordinierung und Abstimmung. Das zeigt sich vor allem in den politischen Grundlagen der Wirtschaftsintegration: der führenden Rolle der Arbeiterklasse und ihrer Partei, der gemeinsamen Außen- und Militärpolitik, den Funktionen des sozialistischen Staates im Reproduktionsprozeß und nicht zuletzt in der ideologischen Entwicklung und Festigung des sozialistischen Internationalismus. In diesem Zusammenhang sind vor allem drei Erkenntnisse in der politischen Überzeugungsarbeit zu vertiefen:

● Die sozialistische Integration dient den Menschen und hat eine humanistische Aufgabe zu erfüllen. Sie resultiert nicht nur aus der Entwicklung der Produktivkräfte und deren Internationalisierung, sondern entscheidend aus den eigenen Bedürfnissen und Entwicklungstendenzen der Produktionsverhältnisse im internationalen Maßstab.

● Das Kernland der sozialistischen Staatengemeinschaft ist die Sowjetunion, die nicht nur über die größten ökonomischen Potenzen verfügt, sondern auch jene politischen und gesell-

schaftlichen Erfahrungen beim Aufbau des Sozialismus und Kommunismus aufzuweisen hat, die die Grundlage für die politische und ökonomische Entwicklung aller sozialistischen Länder darstellen.

● Die Integration in der sozialistischen Staatengemeinschaft berührt unmittelbar das Leben der Völker, die Entwicklung der nationalen Volkswirtschaften und der Binnenmärkte, Auch die inneren Prozesse der sozialistischen Gesellschaft in den Mitgliedstaaten des RGW werden zunehmend von ihr beeinflußt, sowohl im Bereich der Ökonomie als auch im geistig-kulturellen Leben.

Mit der sozialistischen ökonomischen Integration werden Bedingungen geschaffen, in denen sich die dem Sozialismus immanenten internationalen Wesenszüge umfassender entfalten können. Grundlage für die zielstrebige, bewußte Gestaltung dieser Bedingungen sind die ökonomischen Gesetze des Sozialismus. Der nationale und der internationale Wirkungsbereich der ökonomischen Gesetze des Sozialismus unterscheiden sich vor allem deswegen, weil das staatliche sozialistische Eigentum im Rahmen souveräner sozialistischer Länder existiert. Durch die konkreten Bedingungen in der nationalen und in der internationalen Sphäre wird die Wirkungsweise der ökonomischen Gesetze jeweils modifiziert. Die im Komplexprogramm des RGW beschlossenen Maßnahmen führen zur Herausbildung solcher Wirkungsbedingungen für die ökonomischen Gesetze des Sozialismus, die deren Entfaltung und bessere Nutzung sowohl im internationalen wie im nationalen Bereich ermöglichen.

Die RGW-Länder schaffen mit ihrer sozialistischen ökonomischen Integration neue und noch günstigere Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit jenen sozialistischen Ländern, die dem RGW bisher nicht angehören. Das trägt wesentlich dazu bei, auch in diesen Ländern die objektiven und subjektiven Voraussetzungen zu entwickeln, die für die aktive und umfassende Beteiligung an der sozialistischen ökonomischen Integration notwendig sind.

II. Sozialistische ökonomische Integration baut auf eigenen Grundlagen und Triebkräften

In der Begründung der Notwendigkeit des immer stärkeren und rascheren Zusammenschlusses aller materiellen und geistigen Potenzen der RGW-Länder im Prozeß der ökonomischen Integration wird immer wieder auf den objektiven

Prozeß der Internationalisierung des Wirtschaftslebens verwiesen. Genauso wie sich die Vorzüge des Sozialismus mit den Erfordernissen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts planmäßig verbinden, werden in der sozialistischen Wirtschaftsintegration zwar die Tendenzen der Internationalisierung des Wirtschaftslebens beachtet und genutzt, jedoch die Triebkräfte der sozialistischen Integration entspringen den eigenen Bedürfnissen und Interessen der Staatengemeinschaft: „Der objektive Zwang zur sozialistischen ökonomischen Integration resultiert aus dem Wirken der allgemeinen Gesetzmäßigkeiten des sozialistischen Aufbaus, der sich vollzieht auf der Grundlage des einheitlichen sozialistischen Eigentums an den Produktionsmitteln, des gleichartigen Klassencharakters der Staatsmacht, auf der Grundlage des gleichen Staatsaufbaus, des gemeinsamen Kampfes gegen den Imperialismus, der gleichen Ideologie, und aus den gemeinsamen Zielen.“⁷

Die Internationalisierung des Wirtschaftslebens ist also kein systemneutraler Prozeß, sondern vollzieht sich unter konkreten gesellschaftlichen, klassenmäßig und politisch determinierten Bedingungen. Worauf beruht eigentlich die Internationalisierung des Wirtschaftslebens? Sie ist eine objektive Gesetzmäßigkeit der Entwicklung der maschinellen Großproduktion, ein zunächst von der Gesellschaftsordnung unabhängiges, unvermeidliches Resultat des Wachstums der modernen Produktivkräfte. Ihr Hauptmotor ist die Internationalisierung der Produktivkräfte, die darauf beruht, daß die Produktivkräfte der einzelnen Länder, besonders unter den Bedingungen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, mehr und mehr einen solchen Charakter annehmen, daß ihre Schaffung, ihr Funktionieren und ihre Entwicklung nur möglich und effektiv werden, wenn außer den nationalen auch die internationalen Faktoren ausgenutzt werden (Versorgung mit den erforderlichen Materialien, Rohstoffen, Finanzmitteln, Arbeitskraftressourcen, Ausnutzung der Absatzmärkte, wissenschaftlicher und ingenieur-technischer Ideen usw.).

Die Internationalisierung des Produktionsprozesses äußert sich in dem unablässig wachsenden internationalen Austausch, in der stufenweisen Beseitigung der nationalstaatlichen Abgeschlossenheit, in der wachsenden gegenseitigen Verbindung und gegenseitigen Abhängigkeit der volkswirtschaftlichen Komplexe der verschiedenen Länder. Die fortschreitende Entwicklung der großindustriellen Warenproduktion hat mit

jedem ihrer Schritte die nationalen Märkte zu einem einheitlichen Weltmarkt verbunden und die Produktion für die Bedürfnisse der eigenen Bevölkerung in eine Produktion für den gesamten Weltmarkt verwandelt.

Die für die wissenschaftlich-technische Revolution charakteristischen Prozesse der Zunahme der Wissenschaftsintensität der Erzeugnisse, ihrer Investitionsintensität, ihres Kompliziertheitsgrades sowie der erzeugnis- und verfahrensspezifischen Kooperations- und Zulieferintensität zwingen im Interesse der Ökonomie der Zeit zur Schaffung großer Märkte und Absatzgebiete, um die steigenden Kosten durch höhere Stückzahlen der Produktion abzufangen und durch eine Ausdehnung der Losgröße der Produktion in Verbindung mit der Gewinnung auswärtiger Märkte den Aufwand pro Stück Einheit zu senken, zumindest aber proportional oder degressiv im Verhältnis zu den wachsenden Anforderungen zu halten, die sich aus den Veränderungen der Produktivkräfte ergeben.

Es ist zu erwarten, daß in den siebziger Jahren der internationale Warenaustausch schneller steigen wird als die Industrieproduktion. Gleichzeitig wird der internationale Handel mit Halb- und Fertigwaren ein höheres Wachstumstempo als der Handel mit Rohstoffen aufweisen. Die Gruppe der chemischen Erzeugnisse wird die relativ höchsten Zuwachsraten am internationalen Handel zu verzeichnen haben. Die Intensivierung des internationalen Handels in Verbindung mit seiner Umstrukturierung bedingt zugleich auch wichtige Veränderungen in den anderen Bereichen der internationalen Wirtschaftsbeziehungen. Die Konzentration der Produktion, die auf der einen Seite den Umfang der hergestellten und ausgetauschten Maschinen und Ausrüstungen, auf der anderen Seite eine starke Differenzierung und damit Spezialisierung zur Folge hat, führt zur Tendenz des Austausches immer größerer Anlagen und immer komplexerer Systemlösungen.

Ein weiteres Charakteristikum sind die zunehmende Bereitstellung neuer Erzeugnisse und die technische Vervollkommnung der Produktion herkömmlicher Erzeugnisse, die zu Qualitätsverbesserungen und einem optimalen Kostenniveau führt. Wenn im Prozeß der wissenschaftlich-technischen Revolution die Nachfrage nach Erzeugnissen mit hohem Anwendungsnutzen progressiv wächst, vollzieht sich eine permanente Steigerung des moralischen Verschleißes, die über die Steigerung des Investitionstempos den internationalen Waren-

austausch stimuliert. Dieser auf die Modernisierung und Verjüngung des Bestandes an Maschinen und Ausrüstungen zielende Effekt umschließt vielfältige Wechselwirkungen: Da sich die Fondsintensität erhöht, wächst die wertmäßige Seite des Außenhandels schneller als die mengenmäßige. Gleichzeitig nimmt die Nachfrage nach Automatisierungsmitteln in starkem Maße zu, um durch Steigerung des Produktivitätseffekts zu einer entscheidenden Verbesserung des Verhältnisses zwischen Preis und Leistung zu kommen.

Die Steigerung des Austausches von wissenschaftlich-technischen und technologischen Ergebnissen, vor allem in Form des Lizenzhandels und des Verkaufs des „know-how“, löste eine ganze Serie qualitativer Veränderungen in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen aus. Dazu gehört z. B., daß die Möglichkeiten zur Herstellung von Erzeugnissen mit Spitzenniveau selbst dort geschaffen werden, wo ein entsprechendes Forschungs- und Entwicklungspotential nicht vorhanden ist.

Dadurch nimmt der Außenhandel selbst neue qualitative Züge an: Wenn der internationale Rohstoffaustausch infolge der Substitution natürlicher Rohstoffe durch Erzeugnisse der Chemie relativ zurückgeht, an seine Stelle der Austausch komplexer Maschinensysteme, automatisierter Fertigungsstraßen und verkettbarer Produktionssysteme tritt, dann muß sich der Handel objektiv mit dem Verkauf von Problemlösungen, technologischem Wissen und Fertigkeiten, Ausbildung und Kundendienst organisch verbinden. Es entsteht ein neues Verhältnis von Exporteur und Importeur, das durch das Verhältnis von Produzent und Anwender charakterisiert wird. Der Käufer ist also Nutzenwender von wissenschaftlich-technischen Problemlösungen. Der internationale Handel wird durch die Nutzensteilung zwischen Produzent und Anwender ökonomisch stimuliert und erhält damit neue Impulse zu seiner Ausdehnung. Für die Absatz- und Bezugsorganisation auf den internationalen Märkten folgt daraus, daß auf der einen Seite der Direktabsatz ohne Zwischenschaltung mehrerer Handelsstufen an Bedeutung zunimmt, auf der anderen Seite Projektierungen und Konstruktionsleistungen, Verkauf und Aufbauleitung komplexer Anlagen in einer Hand vereinigt werden.

Die entscheidende Konsequenz besteht jedoch darin, daß in der gegenwärtigen Phase „die allgemeine Gesetzmäßigkeit der wachsenden Internationalisierung des Produk-

tionsprozesses, der Internationalisierung des gesamten gesellschaftlichen Lebens unter den Bedingungen der Spaltung der Welt in die zwei Weltsysteme“ wirkt.⁸ Es geht vor allem darum, daß die Internationalisierung der Produktivkräfte, die die objektive, materiell-technische Grundlage der sich in der Welt entfaltenden Vereinigungsprozesse bildet, nicht mit dem Wesen dieser Prozesse und um so weniger mit den auf dieser objektiven Grundlage entstehenden Formen der Vereinigung der Länder identisch ist. Der durch das Wachstum der maschinellen Produktion hervorgerufene Prozeß der Internationalisierung der Produktivkräfte und der Produktion ist global; aber als Vereinigungsprozeß wird er in seiner Entwicklung durch bestimmte gesellschaftliche Verhältnisse vermittelt, wird er den Interessen dieser oder jener Klasse untergeordnet und von den Klassen auf die Weise und in den Formen verwirklicht, die ihren Zielen und sozialen Bedingungen entsprechen.

Die Internationalisierung der Produktivkräfte, des Produktionsprozesses und des gesellschaftlichen Lebens bildet die objektive Grundlage der sich in der heutigen Welt entfaltenden Prozesse des Zusammenschlusses. Das Wesen dieser Prozesse ist jedoch vor allem durch den Typ der gesellschaftlichen Verhältnisse, durch die Natur derjenigen Klassen bedingt, die durch die Entwicklung der Produktivkräfte deren Internationalisierung für ihre Interessen ausnutzen. Dann hängt der Charakter dieser Prozesse davon ab, wie stabil sie sind und wie organisch sie sich vollziehen. Infolgedessen erscheint die auf der Grundlage der Internationalisierung der Produktivkräfte und der internationalen Arbeitsteilung zunehmende objektive gegenseitige Abhängigkeit der Länder eines Typs vor allem als Vereinigung in das Weltsystem entweder des Kapitalismus oder des Sozialismus. Auf höheren Stufen der Internationalisierung der Produktivkräfte erweist sich für bestimmte Gruppen von Ländern (im Rahmen eines jeden Weltsystems) ein solcher Grad der Vereinigung als ungenügend, entwickeln sich engere und organischere Formen der Vereinigung, beginnt der Prozeß der Integration.⁹

Zwischen der allgemeinen Internationalisierung des Wirtschaftslebens und der wirtschaftlichen Integration bestehen qualitative Unterschiede: Zunächst trägt die Integration universellen Charakter und erfaßt grundsätzlich alle Bereiche des Reproduktionsprozesses. Ferner wird die Integration durch den regulierenden und lenkenden Einfluß des Staates auf die Gestaltung des Internationalisierungsprozesses

des Wirtschaftslebens gekennzeichnet. Wenn die Integration von ihrer Form und Methode her einen auf zwischenstaatlicher Seite regulierten Prozeß der Annäherung, des allmählichen Zusammenschlusses nationaler Wirtschaften mit gleichartigen sozialökonomischen Systemen zu großen Wirtschaftskomplexen darstellt, dann bildet sie vom Inhalt her einen Prozeß der Annäherung, gegenseitigen Anpassung und Optimierung der nationalen Wirtschaftsstrukturen, also des Verwachsens der nationalen Wirtschaften zu einem einheitlichen Reproduktionsprozeß.¹⁰ Damit sind zwei wichtige Konsequenzen verbunden:

– Jeder ökonomische Integrationsprozeß ist von den gesellschaftlichen Verhältnissen, also letztlich den Produktionsverhältnissen, politisch und sozialökonomisch determiniert. Die Intensität der ökonomischen Integration hängt entscheidend von dem erreichten Grad der Übereinstimmung zwischen der Herausbildung großer internationaler Wirtschaftskomplexe und der ihnen zugrunde liegenden gesellschaftlichen und ökonomischen Verhältnisse und Strukturen ab. Das heißt, je stärker die Gesellschafts-, Wirtschafts- und Sozialsysteme der an der Integration beteiligten Länder übereinstimmen, desto effektiver ist der wirtschaftliche Zusammenschluß.

– Unter den Bedingungen des wirtschaftlichen Zusammenschlusses national verschiedener, aber sozialökonomisch gleicher Volkswirtschaften formt sich die Außenwirtschaft zu einem Instrument der internationalen Koordinierung der nationalen Wirtschaftspolitik, zu einer Art Drehscheibe zwischen internationalem und nationalem Reproduktionsprozeß.

Im Sozialismus werden diese Anforderungen auf der Grundlage des sozialistischen Internationalismus, des einheitlichen sozialistischen Eigentums an den Produktionsmitteln und des gleichen Typus des Staates unter Führung der Parteien der Arbeiterklasse am weitestgehenden erfüllt. Deshalb ist die Anwendung des Begriffs der ökonomischen Integration im Grunde genommen nur sozialistischen Außenwirtschaftsbeziehungen adäquat.

Die Ursachen für die internationale ökonomische Integration der sozialistischen Staaten beruhen nicht zuletzt auf der Notwendigkeit, in der Klassenauseinandersetzung mit den entwickelten Staaten des Kapitalismus durch umfassende Konzentration aller wissenschaftlich-technischen und ökonomischen Potenzen die politische und militärische Kraft der sozialistischen Länder wesentlich zu stärken; denn der Kampf

der beiden Weltsysteme vollzieht sich gegenwärtig in immer stärkerem Maße auf den Gebieten der Wissenschaft, Technik und Produktion. Indem die wirtschaftliche Integration der sozialistischen Staaten zugleich mit der bewußten Anwendung der allgemeingültigen ökonomischen Gesetze des Sozialismus über die Grenzen der einzelnen Länder der sozialistischen Staatengemeinschaft hinaus, mit der damit verbundenen einheitlichen Gestaltung der ökonomischen Systeme des Sozialismus auf der Grundlage der Prinzipien der Theorie des Marxismus-Leninismus zu einer Vervielfachung der wirtschaftlichen Potenzen und einer Erhöhung der Effektivität des Reproduktionsprozesses führt, leistet sie einen direkten Beitrag zur Durchsetzung der allseitigen Überlegenheit des Sozialismus im Weltmaßstab.

Die wirtschaftliche Integration beruht also auf systemimmanenten Ursachen. Weder die Internationalisierung des Wirtschaftslebens im allgemeinen noch die Entfaltung der wissenschaftlich-technischen Revolution vermögen die Triebkräfte des ökonomischen Zusammenschlusses der einzelnen Staaten zu erklären. Wenn der Rolle des Staates im Prozeß der ökonomischen Integration gegenüber der Internationalisierung des Wirtschaftslebens entscheidende Bedeutung zukommt, dann werden Charakter und Zielfunktion des wirtschaftlichen Zusammenschlusses mit dem Charakter der jeweils beteiligten Staaten identisch sein.

Die Bedingungen des wirtschaftlichen Zusammenschlusses der sozialistischen Staaten werden erstrangig durch die Prinzipien der sozialistischen internationalen Arbeitsteilung bestimmt. Diese Arbeitsteilung gestaltet sich gemäß neuen Prinzipien zwischenstaatlicher Beziehungen: Sozialistischer Internationalismus, Gleichberechtigung, Respektierung der Souveränität und der nationalen Interessen, Wahrung des gegenseitigen Vorteils und kameradschaftliche Hilfe sind gleichermaßen Bedingungen der internationalen Arbeitsteilung wie auch der ökonomischen Integration. Bereits in den „Grundprinzipien der sozialistischen internationalen Arbeitsteilung“ aus dem Jahre 1962 wurden die entscheidenden Wirkungsbedingungen der internationalen Arbeitsteilung und ökonomischen Integration fixiert, die langfristig Gültigkeit haben:

– Sicherung der objektiv notwendigen Proportionen in der ökonomischen Entwicklung eines jeden Landes und der sozialistischen Gemeinschaft insgesamt, besonders hinsichtlich

eines maximalen Wachstums des Nationaleinkommens, der Vollbeschäftigung und des Ausgleichs der Zahlungsbilanzen;

– Sicherung der internationalen Produktionsspezialisierung auf dem Wege einer komplexen und mehrseitigen Entwicklung der Wirtschaftsstruktur eines jeden Landes der sozialistischen Staatengemeinschaft;

– Sicherung des ökonomischen Nutzeffekts der beteiligten Volkswirtschaften bei Maßnahmen zur Verwirklichung der internationalen Produktions- und Wissenschaftsspezialisierung;

– Überwindung der noch bestehenden Unterschiede im ökonomischen Entwicklungsniveau der beteiligten Staaten.

Aus diesen Grundsätzen geht hervor, daß ein untrennbarer Zusammenhang zwischen der Entwicklung großer Wirtschaftskomplexe auf der Grundlage der Mehrzweigstruktur, der Angleichung des ökonomischen Entwicklungsniveaus und -tempos sowie den Möglichkeiten der internationalen Produktionsspezialisierung und -kooperation besteht; denn nur ökonomisch hochentwickelte nationale Wirtschaften mit einer leistungsfähigen komplexen Struktur sind als Spezialisierungspartner attraktiv. Deshalb gehört eine effektive Gestaltung der Volkswirtschaftsstruktur unter Beachtung der Hauptlinien des wissenschaftlich-technischen Fortschritts zur planmäßigen Eingliederung in das System der internationalen sozialistischen Arbeitsteilung. Auf der anderen Seite benötigen ökonomisch hochentwickelte Länder objektiv auch ökonomisch starke Spezialisierungspartner, wenn sie sich nicht in ihren Potenzen zersplittern und damit an ökonomischer Effektivität verlieren wollen.

Trotzdem sind internationale sozialistische Arbeitsteilung und ökonomische Integration keine identischen Prozesse: Die Integration stellt eine bestimmte Stufe im Prozeß der internationalen Arbeitsteilung dar. Deshalb kann die Integration auch erst unter bestimmten objektiven Bedingungen in Angriff genommen werden. Mit der XXIII. Ratstagung des RGW (1969) wurden die entscheidenden Schritte zum Eintritt in die Integrationsphase eingeleitet. Die XXV. Ratstagung konkretisierte diese Schritte und legte ein umfassendes Programm für die Gestaltung der Wirtschaftsintegration vor.

Wichtige Elemente dieses Programms sind: Entwicklung der Zusammenarbeit auf dem Gebiete der Prognostik, Koordinierung der Perspektivpläne, Zusammenarbeit und Arbeitsteilung

bei der Durchführung der Hauptinvestitionen strukturbestimmender Zweige, planmäßige Entwicklung der Forschungs- und Produktionskooperation, wobei an die Stelle der Spezialisierung einer Vielzahl von Einzelerzeugnissen mit niedrigem Nutzeffekt die Kooperation mit der Orientierung auf komplette, aufeinander abgestimmte Maschinensysteme auf wissenschaftlich-technischem Höchststand tritt. Das bedingt gleichzeitig die engere Zusammenarbeit der sozialistischen Länder auf der Ebene der Industriezweigministerien, Wirtschaftsvereinigungen und Kombinate.

Worin besteht nun das Wesen und damit das Neue der sozialistischen ökonomischen Integration im RGW? Sie ist ein „bewußt und planmäßig gestalteter Prozeß, der auf der Grundlage der Abstimmung der langfristigen Wirtschaftspolitik und der Koordinierung der Wirtschaftspläne zur schrittweisen Anpassung und Verflechtung der nationalen Wirtschaftsstrukturen führt“.¹¹ Die internationale Integration ist ein durch einen hohen Grad der Internationalisierung der Produktion bedingter, bewußt organisierter Prozeß immer engerer gegenseitiger Verbindung einer Gruppe von Ländern vom gleichen Typ ihrer selbständigen ökonomischen und politischen Strukturen, der in der Perspektive zur Herausbildung eines einheitlichen sozialökonomischen Organismus führt.¹² Die Entwicklung eines solchen Prozesses schafft spezifische Bedingungen und Formen der Zusammenarbeit, eine eigenständige Struktur, die diese Vereinigung deutlich vom Gesamtsystem der internationalen Beziehungen abhebt.

Der Prozeß der Integration ist ein bewußt gesteuerter Prozeß in dem Sinne, daß die Entwicklung der Integration von Ländern im Unterschied zur objektiv verlaufenden Internationalisierung der Produktivkräfte entsprechende staatliche Sanktionierungen und Regierungsentscheidungen voraussetzt. Ohne das Einverständnis und den Willen der Regierung dieses oder jenes Landes, das freiwillig bestimmte Funktionen und Verpflichtungen in der integrierenden Ländergruppe übernimmt, kann auch keine Rede von Integration sein, obwohl die Wirtschaftspolitik selbst nicht als Ziel, sondern als Mittel zur Erreichung des Hauptsächlichen in Erscheinung tritt – zur Schaffung einer entsprechenden Wirtschaftsstruktur der sich zusammenschließenden Länder. Das Wesen der Integrationsprozesse ist um so leichter zu erklären, wenn man daran denkt, daß die wirtschaftliche Integration nicht durch irgendeine gegenseitige Verbindung von Ländern eines Typs gekennzeichnet ist, sondern durch ihre

stabile, sich vertiefende gegenseitige wirtschaftliche Abhängigkeit. Diese gegenseitige Abhängigkeit wird hervorgerufen durch die gemeinsam und bewußt verwirklichte Umgestaltung ihrer Wirtschaftsstrukturen auf der Grundlage eines vereinbarten Programms und im Einklang mit der internationalen Arbeitsteilung, der Spezialisierung und Kooperation der Produktion.

Für derartige Strukturveränderungen ist nicht nur ein umfangreicher Warenaustausch zwischen den integrierenden Ländern erforderlich, der das Wachstumstempo ihrer Produktion allmählich übertrifft, sondern es müssen auch günstige Bedingungen hierfür geschaffen und entsprechende Maßnahmen getroffen werden, um die nicht mehr gerechtfertigten zwischenstaatlichen Barrieren zu beseitigen. Vor allem ist es notwendig, die Produktionsspezialisierung und -kooperation in Richtung auf die Schaffung eines einheitlichen Reproduktionsprozesses im Rahmen der integrierenden Ländergruppen im größtmöglichen Umfang zu entwickeln. Eine derartige gegenseitige Verbindung setzt keineswegs die Isolierung der integrierenden Länder von anderen Ländern voraus, die zu dem einen oder anderen Welt-system gehören. Gleichzeitig grenzt gerade diese gegenseitige Verbindung die integrierenden Länder als integrale Vereinigung mit spezifischen, nur ihnen eigenen Beziehungen von anderen Ländern ab.

Für das Verständnis des Wesens und des Inhalts der sozialistischen ökonomischen Integration innerhalb des RGW sind zwei politische und ökonomische Prozesse von grundlegender Bedeutung:

Erstens sind für die Effektivität der Integration die Wechselbeziehungen zwischen nationalen und internationalen Interessen ausschlaggebend. So wird die sozialistische Wirtschaftsintegration von dem Prinzip der Freiwilligkeit charakterisiert. Sie vereint nämlich die nationalen Interessen eines jeden sozialistischen Landes mit den internationalen Interessen. Die kapitalistische Integration opfert den internationalen Monopolen die volkswirtschaftlichen Interessen der beteiligten Länder, was in den Wirtschaftsblöcken zu ständigen Gegensätzen und Konflikten führt. Die Vertiefung internationalistischer Denk- und Verhaltensweisen wird entscheidend von der Erkenntnis bestimmt, in welchem Verhältnis sich die internationalen, gemeinsamen zu den nationalen Interessen befinden. Gerade im

Prozeß der sozialistischen ökonomischen Integration ist es notwendig, ständig aufs neue die internationalen und die nationalen Interessen in Übereinstimmung zu bringen.

Die Zusammenarbeit der sozialistischen Länder ist durch die Existenz einer Reihe einheitlicher Grundinteressen bestimmt: der Schutz der sozialistischen Errungenschaften vor den Anschlägen des Imperialismus, die Festigung der sozialistischen Produktionsverhältnisse und anderen gesellschaftlichen Beziehungen, die umfassende Nutzung der inneren Reserven und der Vorzüge der internationalen sozialistischen Arbeitsteilung zur Beschleunigung des Wachstumstemporos der Produktivkräfte, zur Steigerung der Effektivität der Produktion, zur Entfaltung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und zur Erringung des Sieges im wirtschaftlichen Wettstreit mit den kapitalistischen Ländern, nicht zuletzt die konsequente Erhöhung des Lebensstandards und des geistig-kulturellen Niveaus der Völker stellen die grundlegenden gemeinsamen nationalen und auch die allgemeinen internationalen Interessen der sozialistischen Länder im RGW dar.

Es gibt natürlich auch spezifische nationale Interessens-motive. Die von den sozialistischen Ländern des RGW gesammelten Erfahrungen gestatten es, gründlicher und realistischer an die Einschätzung der Ursachen des Entstehens von objektiven Schwierigkeiten und an die Festlegung von Schritten zu ihrer Überwindung heranzugehen. Die Suche nach einer richtigen Lösung dieser oder jener theoretischen Probleme, nach konkreten Methoden der praktischen Durchsetzung der sozialistischen Integration ist ständig ein Gegenstand kameradschaftlicher Diskussionen zwischen den Ländern des RGW. Das ist eine effektive und demokratische Methode.

Zweitens sind für die Effektivität der Integration die Angleichung und die Annäherung des Entwicklungsniveaus von entscheidender Bedeutung. Im Komplexprogramm des RGW für die Entwicklung der Integration wird dazu ausgeführt: „Die schrittweise Annäherung und Angleichung des ökonomischen Entwicklungsniveaus der Länder der sozialistischen Gemeinschaft ist ein objektiver historischer Prozeß im Zuge der Entwicklung des sozialistischen Weltsystems. Dieser Prozeß ist durch den sozialistischen Charakter der Produktionsverhältnisse in den Ländern des Sozialismus und die Entwicklung der politischen, wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit und gegenseitigen Hilfe zwischen ihnen bedingt.“¹³

Hauptwege der schrittweisen Annäherung und Angleichung des ökonomischen Entwicklungsniveaus der Mitgliedsländer des RGW sind vor allem die maximale Mobilisierung und effektive Nutzung der eigenen Anstrengungen und Ressourcen der Länder sowie die Nutzung der Vorzüge der internationalen sozialistischen Arbeitsteilung. Für die Mitgliedsländer des RGW, besonders für die industriell weniger entwickelten, ist die Herausarbeitung der perspektivischen Hauptrichtungen der Gestaltung eines optimalen Volkswirtschaftskomplexes jedes Mitgliedslandes des RGW ein äußerst wichtiges Problem. Die Schaffung eines derartigen Komplexes setzt unter den Bedingungen der sich gegenwärtig vollziehenden wissenschaftlich-technischen Revolution effektive Außenwirtschaftsbeziehungen sowie die Entwicklung und Vertiefung der internationalen Spezialisierung und Kooperation der Produktion voraus.

W. I. Lenin ging davon aus, daß die Annäherung der Nationen und Staaten ein langwieriger Prozeß ist, in dessen Verlauf die Unterschiede zwischen den spezifischen Interessen der Länder reduziert werden. In der Entwicklung des Sozialismus als Weltsystem ist eine längere Übergangsperiode unvermeidlich, in der die objektiven und subjektiven Bedingungen für den wirtschaftlichen und politischen Zusammenschluß der Staaten entstehen. Der Weg zu diesem Zusammenschluß führt über die allseitige Entwicklung der sozialistischen Nationen und die Festigung der souveränen sozialistischen Staaten. Lenins Konzeption von der Entwicklung des Weltsozialismus, insbesondere von den Wegen zur wirtschaftlichen und politischen Annäherung der sozialistischen Staaten, geht davon aus, daß sich die Entwicklung des sozialistischen Weltsystems noch über lange Zeit durch die immer weiter vervollkommnete allseitige Zusammenarbeit selbständiger, souveräner Staaten vollziehen wird, in denen staatlich organisiertes sozialistisches Eigentum an den Produktionsmitteln herrscht. Die gemeinsamen internationalen Interessen und Aufgaben der gesamten Gemeinschaft werden auf der Grundlage der Prinzipien des sozialistischen Internationalismus mit den spezifischen ökonomischen Interessen der Staaten verbunden.

Für ein volles Verschmelzen der einzelnen sozialistischen Länder zu einem einheitlichen wirtschaftlichen und politischen Organismus sind eine Reihe objektiver und subjektiver Voraussetzungen notwendig, die im Verlaufe eines längeren Zeitraumes reifen werden und die von der Entwicklung der

inneren und äußeren Beziehungen des sozialistischen Weltsystems abhängen. Die schrittweise Annäherung und Angleichung des ökonomischen Entwicklungsniveaus erfolgt in einem längeren Prozeß, in dem die industriell weniger entwickelten sozialistischen Länder ein höheres Wachstumstempo der Arbeitsproduktivität in der Industrie erreichen. Die nachfolgende Tabelle macht das in der Tendenz deutlich:

Geplanter durchschnittlicher Jahreszuwachs der Arbeitsproduktivität in der Industrie (in Prozent)

	1961—1965	1966—1970	1971—1975
VRB	6,8	7,0	7,1
UVR	4,9	3,7	4,5
DDR	5,6	5,6	6,2
VRP	5,1	5,0	5,6
SRR	7,7	7,7	7,3
UdSSR	4,6	5,7	6,3
ČSSR	3,5	5,2	5,4

Quelle: Lt. den jeweiligen Direktiven zur Ausarbeitung der Fünfjahrespläne

Die SSR und die VRB haben ein beachtlich höheres Wachstumstempo des Nationaleinkommens und der Arbeitsproduktivität in der Industrie. Aber auch die industriell entwickelten Mitgliedsländer des RGW — die UdSSR, die DDR und andere — erzielten in der Steigerung der Arbeitsproduktivität in der Industrie große Fortschritte. Das ist übrigens eine außerordentlich positiv zu wertende Tatsache und zudem die Hauptursache dafür, daß sich das ökonomische Entwicklungsniveau der Mitgliedsländer des RGW erst in einem längeren Zeitraum angleicht, nämlich dann, wenn durch einen höheren absoluten Zuwachs des Nationaleinkommens pro Kopf der Bevölkerung größere Schritte zur Annäherung und Angleichung getan werden können. Die Lösung dieser Aufgabe ist äußerst kompliziert und erfordert von den Staaten und Völkern große Anstrengungen. Um den absoluten Unterschied z. B. auf dem Gebiet der Energieproduktion verringern zu können, sind hohe Wachstumsraten und umfangreiche Investitionen erforderlich. Nicht zuletzt daran wird deutlich, daß die Annäherung und Angleichung des ökonomischen Entwicklungsniveaus der sozialistischen Länder ein langfristiger Prozeß ist.

Alle Länder der sozialistischen Staatengemeinschaft verfolgen das gleiche Ziel, durch wissenschaftliche Formen und

Methoden der planmäßigen Leitung der Wirtschaft eine immer bessere Befriedigung der materiellen und geistig-kulturellen Bedürfnisse der Werktätigen zu gewährleisten. So wird im Zeitraum von 1971 bis 1975 das Realeinkommen der Bevölkerung der Länder des RGW im Durchschnitt um 20 bis 30 Prozent steigen. Die Basis dazu schafft die beträchtlich wachsende Wirtschaftskraft jedes Mitgliedstaates des RGW.

Hauptkennziffern der ökonomischen Entwicklung der RGW-Länder im Jahre 1975 (in Prozenten zu 1970)

Land	National-einkommen	Brutto-Industrie-produktion
VR Bulgarien	147 – 150	155 – 160
Ungarische VR	130 – 132	132 – 134
DDR	126 – 128	134 – 136
Mongolische VR	130 – 133	153 – 156
VR Polen	138 – 139	148 – 150
SRR	168 – 182	166 – 178
UdSSR	137 – 140	142 – 146
ČSSR	128	134 – 136

Die in den letzten Jahren in den Ländern der sozialistischen Staatengemeinschaft durchgeführten oder begonnenen Wirtschaftsreformen haben die Aufgabe, die Leitung und Planung auf das Niveau der Anforderungen des sozialistischen und kommunistischen Aufbaus zu heben, die Wirkungen der sozialistischen ökonomischen Integration auf die staatlichen Leitungs- und Planungsprozesse zu berücksichtigen und die Effektivität der gesellschaftlichen Produktion zu erhöhen. In allen Ländern der sozialistischen Staatengemeinschaft wurden wertvolle Erfahrungen gesammelt bei der Ausnutzung der ökonomischen Gesetze im allgemeinen und des Gesetzes der planmäßigen proportionalen Entwicklung der Volkswirtschaft im besonderen. Bei der Verwirklichung der Wirtschaftsreformen gehen die sozialistischen Länder davon aus, daß die infolge der sozialistischen Produktionsverhältnisse existierenden ökonomischen Gesetze des Sozialismus nicht automatisch die planmäßige Entwicklung der Gesellschaft gewährleisten, nicht ohne weiteres zu einer planmäßigen, proportionalen Entwicklung der Volkswirtschaft führen. Vielmehr ist die bewußte Ausnutzung der ökonomischen Gesetze des Sozialismus durch den sozialistischen Staat, durch die Anwendung entsprechender Formen und Methoden auf dem Gebiet der

Leitung, Planung und ökonomischen Stimulierung volkswirtschaftlicher Prozesse notwendig.

Die Analyse der Reformen und der mit ihnen verbundenen Tendenzen zeugt davon, daß es in allen Ländern um die Herausbildung eines Systems geht, „das aus den folgenden sich wechselseitig miteinander verbindenden Bestandteilen besteht:

1. der täglichen Wirtschaftsleitung, die sich auf die Ausnutzung der objektiven ökonomischen Gesetze und auf die Ergebnisse der wissenschaftlich-technischen Revolution stützt (kybernetische Einrichtungen, elektronische Wirtschaftsinformationen, Fernsehen usw.);
2. der Volkswirtschaftsplanung, die auf vollkommeneren technischen Grundlagen und auf einer optimalen Verbindung der Planungsfunktionen der gesellschaftlichen Leitungsorgane und der direkten Produktions- und anderen Wirtschaftseinheiten der sozialistischen Wirtschaft beruht;
3. dem Komplex ökonomischer Mittel der Wirtschaftsleitung, der auf einer möglichst vollständigen und planmäßigen Ausnutzung des Wertgesetzes und der anderen mit ihm zusammenwirkenden objektiven Gesetze basiert;
4. einer den ersten drei Elementen entsprechenden Wirtschaftswissenschaft und einer entsprechenden Ausbildung und Qualifizierung der Kader auf allen Ebenen und Gebieten.“¹⁴

III. Die Verwirklichung des Komplexprogramms der sozialistischen ökonomischen Integration ist eine zentrale Aufgabe bei der Erfüllung der Volkswirtschaftspläne

Angesichts der besonders seit der Verabschiedung des Komplexprogramms der sozialistischen ökonomischen Integration durch die XXV. Ratstagung des RGW sichtbaren Fortschritte auf dem Gebiet der wirtschaftlichen Zusammenarbeit – in diesem Zusammenhang sei auf die Fertigstellung der Erdgas-Transitleitung „Nordlicht“ UdSSR–ČSSR–DDR, den Beginn gemeinsamer Investitionsvorhaben von interessierten RGW-Ländern in der UdSSR (Zellulosekombinat Ust-Ilim, Metallurgie-Kombinat im Kursker Becken) und in der VR Polen (Baumwollspinnerei Zawiercie bei Katowice), das gemeinsame Auftreten von RGW-Ländern auf der Leipziger Messe (Komplex von elektronisch gesteuerten Werkzeugmaschinen) verwiesen – wird in politischen Gesprächen nicht selten die Frage aufgeworfen, warum solche Fortschritte nicht früher

möglich gewesen seien, ob es nicht schneller in der Integration vorangehen müßte. Darin drückt sich eine schöpferische Ungeduld aus, die jedoch zu vielfältigen Überlegungen zwingt.

Zunächst ist die sozialistische Wirtschaftsintegration ein langfristig angelegter Prozeß, an dessen Anfang wir stehen, auch wenn die Ergebnisse der internationalen Arbeitsteilung im RGW in den sechziger Jahren die Startbedingungen für die umfassende ökonomische Integration bedeutend erleichtert haben. Es kann nicht übersehen werden, daß sich die Vertiefung der Zusammenarbeit zwischen Staaten vollzieht, die noch vor kurzem in ihrem Entwicklungsniveau und gerade in ihrer Wirtschaftsstruktur sehr große Unterschiede aufzuweisen hatten, was in einzelnen Bereichen natürlich auch noch heute nachwirkt und spürbar ist, zum Teil Komplikationen der Integration mit sich bringt. Es geht also darum, den Prozeßcharakter der sozialistischen ökonomischen Integration zu beachten und damit die Notwendigkeit, die Erfordernisse des Komplexprogramms schrittweise zu verwirklichen.

Gerade deshalb ist das Neue im Komplexprogramm des RGW für die Erkenntnis künftiger Entwicklungslinien und der perspektivisch anzuvisierenden Ziele bedeutsam. Die neue Qualität der internationalen ökonomischen Zusammenarbeit der RGW-Länder — die zugleich die Notwendigkeit der Wirtschaftsintegration deutlich macht — zeigt sich vor allem an folgenden Kriterien:

● Alle Probleme werden in ihrem wechselseitigen Zusammenhang behandelt. Die einzelnen Elemente der sozialistischen ökonomischen Integration sind miteinander verbunden; die Integration kann nicht auf ein beliebiges einzelnes Gebiet, beispielsweise auf die Produktionskooperation oder die Valuta- und Finanzbeziehungen, beschränkt werden. Die Integrationsmaßnahmen tragen somit unweigerlich komplexen Charakter, was es auch erforderlich gemacht hat, ein gut durchdachtes und in all seinen Teilen aufeinander abgestimmtes Programm auszuarbeiten.

● Alle Probleme werden schrittweise und etappenweise gelöst, wenn zu ihrer Realisierung auch die entsprechenden Bedingungen und Voraussetzungen herangereift sind.

● Der Integrationsprozeß wird langfristig (auf 15 bis 20 Jahre angelegt) geplant und gelenkt.

● Die Multilateralität nimmt zu, besonders sichtbar an den mehrseitigen Konsultationen, gemeinsamen Plänen, Bilanzen, Einrichtungen und Betrieben sowie der mehrseitigen Bilanzierung des Warenaustausches. Nach wie vor besteht ein Nebeneinander multilateraler und bilateraler Formen und Methoden der Zusammenarbeit, ihre gegenseitige Ergänzung. Wie das Beispiel der Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der DDR zeigt, können dabei bilaterale Formen und Methoden durchaus Modellcharakter für eine künftige multilaterale Zusammenarbeit tragen. Bei der Entwicklung der sozialistischen Wirtschaftsintegration spielt die Sowjetunion eine erstrangige Rolle. Sie verfügt über das stärkste politische, wirtschaftliche, technische und wissenschaftliche Potential. Sie ist das Kernland der sozialistischen Staatengemeinschaft und damit für jedes RGW-Mitgliedsland der Hauptpartner.

● Die Vorrangigkeit der gemeinsamen Interessen, der Erfordernisse der Integration in den wirtschaftspolitischen Entscheidungen setzt sich durch, besonders in einem gemeinsamen Standpunkt gegenüber Drittländern und bei der Lösung von Problemen in der Zusammenarbeit mit der UdSSR und den anderen RGW-Ländern, bevor die Einbeziehung von Firmen nichtsozialistischer Länder erwogen wird. Es wird weiterhin national bedingte Unterschiede geben, die die Fundamente der brüderlichen Zusammenarbeit der sozialistischen Länder durchaus nicht gefährden. Auch bei weitgehend übereinstimmender sozialökonomischer Struktur, übereinstimmenden Methoden der Wirtschaftsführung, Übereinstimmung in den Grundfragen der Außenpolitik wird jedes der Länder der sozialistischen Wirtschaftsgemeinschaft einen spezifischen Platz in der sozialistischen internationalen Arbeitsteilung einnehmen und eigene Traditionen in der Entwicklung der internationalen Beziehungen pflegen. Die sozialistischen Staaten werden nicht immer das gleiche Interesse an dieser oder jener Form der internationalen ökonomischen Zusammenarbeit zeigen. Das resultiert nicht zuletzt daraus, daß die sozialistische Integration nicht den Charakter der Verschmelzung oder Auflösung der sozialistischen Staaten trägt, sondern ein freiwilliges Werk von national souveränen Staaten ist. Die Herstellung der Einheit der sozialistischen Länder bedeutet also, die spezifischen nationalen Interessen richtig zu berücksichtigen und solche Methoden anzuwenden, die geeignet sind, sie miteinander in Einklang zu bringen.

● Die unbedingte Einhaltung übernommener Verpflichtungen erhält Rechtscharakter. Die mit der Entwicklung der Integration zunehmende Verflechtung der beteiligten Volkswirtschaften und ihre wachsende Abhängigkeit von den vereinbarten Lieferungen und Leistungen erfordern ein Höchstmaß an Solidität in der Übernahme und Erfüllung von Verpflichtungen. Unbedingte Liefer- und Abnahmetreue, Kontinuität, Stabilität und Sicherheit unserer Lieferungen und Bezüge entscheiden mit über die Integrationsbereitschaft der Partner und über das Tempo der Integration in den nächsten Jahren.

● In der Phase der Wirtschaftsintegration werden neue Formen und Methoden der Zusammenarbeit wirksam:

– Vertiefung und Erweiterung dieser Zusammenarbeit durch neue Elemente und Formen in Richtung einer systematischen Zusammenarbeit der RGW-Länder auf dem Gebiet der Planungstätigkeit;

– organische Verbindung der Koordinierung der Volkswirtschaftspläne mit einer umfassenden Nutzung der Ware-Geld-Beziehungen;

– Aufbau eines neuen Typs internationaler Wirtschaftsorganisationen;

– Schaffung eigener Rechtsgrundlagen des RGW.

● Die Wirtschaftsintegration geht stets von der Sicherung der notwendigen Effektivität der Maßnahmen und von dem Streben nach Überwindung noch bestehender Disproportionen im internationalen wie im volkswirtschaftlichen Maßstab aus. Eines der Hauptprobleme ist die angespannte Lage bei einer Reihe wichtiger materieller Ressourcen. Sie entstand durch das Zurückbleiben des Wachstums des Nutzeffekts der Produktion und der Akkumulation zusätzlicher Ressourcen hinter der Erweiterung des Kreises der Aufgaben, die im Bereich der Wissenschaft, Produktion und Kultur sowie des Lebensstandards zu lösen sind. Dieses Problem ist in den einzelnen Ländern unterschiedlich ausgeprägt. Die europäischen sozialistischen Länder erweitern energisch die Produktion von Waren sowie den Umfang der Dienstleistungen, um die schnell wachsende zahlungsfähige Nachfrage der Bevölkerung zu befriedigen. Die Fünfjahrpläne für die Jahre 1971 bis 1975 ermöglichen es, die erzielten Erfolge zu festigen und zugleich

in einigen Bereichen Tempoverluste aufzuholen sowie die Reserven zur Erhöhung der Produktivität zu erschließen.

In der gegenwärtigen Etappe der Verwirklichung des Komplexprogramms des RGW konzentrieren sich die Anstrengungen der Mitgliedsländer vor allem auf drei Probleme:

1. Zunächst geht es darum, die Autorität der internationalen Plankoordination zu erhöhen. Im Komplexprogramm wird dazu ausgeführt: „Die Mitgliedsländer des RGW gehen davon aus, daß das System der wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit der Mitgliedsländer des RGW auf den allgemeinen Gesetzmäßigkeiten des sozialistischen Aufbaus, den grundlegenden Prinzipien der sozialistischen Wirtschaftsführung und der organischen Verbindung der Koordinierung der Pläne – als Hauptmethode für die Organisation der Zusammenarbeit – mit der breiteren Nutzung der Ware-Geld-Beziehungen beruht.“¹⁵

In diesem Zusammenhang gibt es in den Mitgliedstaaten des RGW unter Theoretikern und Praktikern einen wissenschaftlichen Meinungsstreit über die Stellung des Marktes, der Ware-Geld-Beziehungen bei der Stimulierung des Integrationsprozesses. Einige Ökonomen haben Vorschläge unterbreitet, die darauf hinauslaufen, durch vorrangige Entwicklung eines gemeinsamen Mechanismus der Ware-Geld-Beziehungen, durch Einführung einer Konvertibilität der sozialistischen Währungen und durch Schaffung einer von den internationalen Hauptwarenmärkten unabhängigen Preisbasis im RGW den Prozeß des wirtschaftlichen Zusammenschlusses der sozialistischen Länder zu beschleunigen. Dazu sind jedoch wichtige materielle Voraussetzungen erforderlich, denn einheitliche Marktmechanismen können erst dann die Integration progressiv beeinflussen, wenn die ökonomischen Planungs- und Leitungssysteme der RGW-Mitgliedstaaten eng zusammenwirken und die größten Diskrepanzen im ökonomischen Entwicklungsniveau und -tempo überwunden sind.

Obwohl es richtig ist, daß der Prozeß der Wirtschaftsintegration sowohl die Sphäre der Produktion als auch der Zirkulation und Leitung erfaßt, stehen gegenwärtig die Probleme der Wissenschaftskooperation, der gemeinsamen Orientierung auf den Durchbruch zu Höchstleistungen durch Automatisierung, Anwendung der elektronischen Datenverarbeitung, komplexe Automatisierung und Rationalisierung im Vordergrund der Vervollkommnung der wirtschaftlichen Zusammen-

arbeit. Auf dieser Grundlage wird sich das Angebot an weltmarktfähigen Erzeugnissen ständig erhöhen, und auf der Grundlage hoher Qualität und niedriger Kosten der Erzeugnisse der RGW-Länder werden sich weitere Möglichkeiten für die Gestaltung des Mechanismus internationaler Ware-Geld-Beziehungen ergeben. Eine weitere wichtige Voraussetzung für die Gestaltung eines einheitlichen und geplanten Marktes der RGW-Länder ist die verbindliche Überführung der Ergebnisse aus der internationalen Plankoordination in zwischenstaatliche vertragliche Vereinbarungen sowie in internationale Wirtschaftsverträge zwischen den Leitungen der Zweige, der Kombinate und anderer Wirtschaftsorganisationen.

Die XXV. Ratstagung des RGW hat einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung der sozialistischen ökonomischen Integration als System geleistet. So wird das System der Plankoordination künftig bereits bei der Forschung und Entwicklung beginnen. Den langfristigen Außenhandelsabkommen werden immer mehr Abkommen über Spezialisierung und Kooperation zugrunde liegen. Für einige ausgewählte Gebiete (spannende Werkzeugmaschinen, elektronische Rechentechnik, einige Arten von Blechen, Rohren und anderen metallurgischen Erzeugnissen) wird eine gemeinsame Planung durchgeführt werden. Die bestehenden und noch zu schaffenden internationalen Industriezweig- bzw. Wirtschaftsvereinigungen werden abgestimmte Systemlösungen entwickeln, d. h. solche Maschinen- und Gerätesysteme, die aus weitgehend automatisierten Maschinen und Geräten mit einheitlichen Anschlußmaßen bestehen. Auf dieser Grundlage werden die internationalen Finanzbeziehungen im RGW vervollkommen. So wird die Funktionsfähigkeit des transferablen Rubels als der gemeinsamen sozialistischen Währung der RGW-Staaten ausgedehnt werden. Das gilt auch für die Erweiterung der Wirkungsweise des internationalen Kredits im Zusammenhang mit der Gründung einer internationalen Investitionsbank der RGW-Mitgliedstaaten.

Die Vertiefung der Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik und der Planung ist also die entscheidende Methode der Organisation der sozialistischen Wirtschaftsintegration der RGW-Länder. Ihre Aufgabe besteht darin, den Rahmen für die planmäßige Entwicklung umfassender internationaler Wirtschaftsbeziehungen zwischen den Integrationspartnern zu bestimmen und damit die

planmäßige Entwicklung jeder einzelnen nationalen Wirtschaft mit der der anderen Länder zu verbinden. Auf diesem Wege wird die Planmäßigkeit in der Entwicklung der Gesamtheit der RGW-Länder hergestellt. Das System der internationalen Plankoordination im RGW besteht aus weiterentwickelten Formen der Koordinierung wie auch aus neuen Methoden. Es hat sich unter Beachtung der bisherigen Ergebnisse in erster Linie auf folgende Probleme zu orientieren:

— Wahrung der gemeinsamen ökonomischen Interessen der RGW-Länder, Sicherung der planmäßigen Entwicklung aller RGW-Länder und Beachtung des Gesetzes der Ökonomie der Zeit im internationalen Rahmen; die entscheidenden Prozesse der volkswirtschaftlichen Entwicklung müssen eindeutig im Mittelpunkt der internationalen Koordinierung stehen;

— Koordinierung aller Phasen des Reproduktionsprozesses: die Abstimmung der gegenseitigen Lieferungen wird immer mehr zur Endphase der Koordinierungsarbeiten, aber nicht mehr zum Hauptgegenstand;

— Regelung des Zusammenhangs zwischen der multilateralen und der bilateralen Koordinierung; Einbeziehung der internationalen Organisationen der RGW-Länder in den Koordinierungsprozeß;

— richtige Erfassung der Ware-Geld-Beziehungen durch die Koordinierungstätigkeit besonders im Zusammenhang mit der Stabilität der internationalen Wirtschaftsbeziehungen;

— Festlegung der Funktionen der einzelnen Ebenen der Wirtschaftsleitung im Prozeß der internationalen Plankoordination im Sinne des Grundgedankens des ökonomischen Systems des Sozialismus;

— Regelung des Zusammenhangs zwischen den Etappen der internationalen Koordinierung und den nationalen Planungsstadien; Vermeidung von Differenzen zwischen den Abstimmungsergebnissen, internationalen Abkommen und nationalen Plänen; Regelung des Übergangs von internationalen Koordinierungsergebnissen in nationale Planaufgaben und Normative; Vermeidung von großen Diskrepanzen zwischen der Nomenklatur der Koordinierung und der nationalen Planung;

— Entwicklung eines kontinuierlichen Ablaufs der Koordinierung im Hinblick auf die Stabilität der internatio-

nalen Wirtschaftsbeziehungen der RGW-Länder und auf die Fähigkeit, sich veränderten Bedingungen planmäßig anzupassen.

Zum System der internationalen Plankoordination der RGW gehören:

- gegenseitige Konsultationen zu Grundfragen der Wirtschaftspolitik;
- Ausarbeitung von Prognosen auf wichtigen Gebieten der Wirtschaft, Wissenschaft und Technik;
- Koordinierung der Pläne für eine längere Perspektive bei wichtigen Volkswirtschaftszweigen und Produktionsarten;
- weitere Vervollkommnung der Koordinierung der Fünfjahres-Volkswirtschaftspläne;
- gemeinsame Planung einzelner Industriezweige und Produktionsarten durch die interessierten Länder;
- Erfahrungsaustausch der Mitglieder des RGW über die Vervollkommnung der Systeme der Planung und Leitung der Volkswirtschaft.

2. Die Spezialisierung und Kooperation als Grundelement der sozialistischen internationalen Arbeitsteilung im RGW wird effektiver gestaltet. Umfang und Effektivität der internationalen Spezialisierung und Kooperation werden maßgeblich vom technischen Niveau der in den RGW-Ländern hergestellten Erzeugnisse bestimmt. Ziel und Aufgabe der internationalen Spezialisierung und Kooperation muß es in erster Linie sein, den gegenseitigen Austausch von Maschinen und Ausrüstungen mit hohem technischem Niveau zu erweitern. Wichtige Bedingungen und Voraussetzungen dafür sind die Vereinheitlichung der technischen Hauptparameter, die Festlegung entsprechender Typenreihen, die Austauschbarkeit der einzelnen Mechanismen und Baugruppen, einheitliche technische Forderungen und Bedingungen für die Abnahme und Übergabe sowie die Verbesserung der Ersatzteilversorgung und des Kundendienstes.¹⁶

Die innerzweigliche Spezialisierung gewinnt also zunehmend an Bedeutung. Diese Kooperation hat den wesentlichen Vorzug, daß jedem Beteiligten ein Vorteil aus der Konzentration der Produktion erwächst und keinem Land die Möglichkeit verschlossen ist, den entsprechenden Industriezweig bzw. die entsprechende Industriegruppe zu entwickeln. Jedes Land ist somit in der Lage, eine optimale Struktur des

Maschinenbaus zu schaffen. Auf der Grundlage gegenseitiger Kooperationslieferungen ist es sogar leichter, modernere, technisch komplizierte Fertigungen aufzubauen, ohne die eine solche Struktur nicht denkbar ist, beispielsweise die Fertigung kompletter Anlagen, technologischer Fließreihen, elektronischer Geräte und anderer Arten strukturbestimmender Erzeugnisse.

Auch die Probleme des Ausgleichs der Zahlungsbilanz und der Erweiterung des Warenaustausches sind unter diesen Bedingungen besser zu lösen. Auf dem Gebiet des Werkzeugmaschinenbaus z. B. werden neue Formen der Zusammenarbeit entwickelt, die sich sowohl auf die Arbeitsteilung in der Forschung und Produktion als auch auf die Abstimmung der gegenseitigen Lieferungen erstrecken. Als eine erste Etappe ist vorgesehen, für numerisch gesteuerte Werkzeugmaschinen, die die Produktivität entscheidend fördern, vereinheitlichte numerische Programmsteuersysteme zu schaffen, eine einheitliche Sprache für die maschinelle Programmierung einzuführen und die Spezialisierung und Kooperation der Produktion dieser Maschinen planmäßig zu entwickeln.

Die Spezialisierung und Kooperation in der Produktion verbindet sich immer enger mit der Zusammenarbeit auf wissenschaftlich-technischem Gebiet, mit der Wissenschaftskooperation. Charakteristisch für diesen Prozeß unter den Bedingungen der Entfaltung der ökonomischen Integration ist der Übergang vom Austausch technischer Erfahrungen und Dokumentationen zur gemeinsamen Lösung von Forschungsproblemen; das Ziel besteht darin, den wissenschaftlich-technischen Fortschritt durch Aufteilung der Forschungsthemen und Konstruktionsaufgaben auf die einzelnen Länder zu beschleunigen. Die Aufwendungen für wissenschaftliche Forschungen, für die Entwicklung neuer Technologien und Konstruktionen erhöhen sich in allen Ländern. In einer Reihe von Hauptproduktionszweigen betragen die Aufwendungen für Forschung und Entwicklung 10 bis 15 Prozent der Gesamtkosten der Warenproduktion. Der Anteil dieser Kosten am Preis neuer Maschinen und Geräte auf dem Weltmarkt erreicht bis zu 50 Prozent.

Deshalb ist die internationale Kooperation auf dem Gebiet der Forschung und Entwicklung ein wichtiges Anliegen. Gemeinsame komplexe Forschungen von Wissenschaftlern der RGW-Länder und der Austausch der erzielten Resultate, die

Koordinierung der Pläne der wissenschaftlichen Arbeit, der Aufbau vereinigter Konstruktionsbüros und schließlich der Kauf und Verkauf von produktions- bzw. fertigungsreifen wissenschaftlichen Ergebnissen und Konstruktionen sind nach Meinung vieler RGW-Länder gegenwärtig eine der nutzbringendsten und zukunftsträchtigsten Formen der Zusammenarbeit.

Berechnungen zeigen, daß die Kosten eines Prozents der Steigerung der Arbeitsproduktivität durch Spezialisierung um 70 bis 40 Prozent niedriger sind als durch andere Faktoren, die Rückflußdauer der Investitionen in spezialisierten Betrieben mit optimaler Kapazität aber bedeutend höher liegt als in Universalbetrieben. Zwecks allmählicher Beseitigung des Parallelismus in der Produktion zwischen der DDR und der UdSSR wurde eine Spezialisierung bei mehr als 90 Erzeugnisarten des Textil- und des polygrafischen Maschinenbaus sowie des Maschinenbaus für die Nahrungsmittelindustrie vorgenommen. Die Sowjetunion liefert in ständig wachsendem Maße Textilspezialmaschinen, und die dadurch in der DDR frei werdenden Kapazitäten werden hauptsächlich für die Herstellung von Maschinen und Anlagen zur Verarbeitung technischer Fasern verwendet.

Noch unlängst wurden in der DDR alle Typen von Radioröhren (rund 40 Typen) produziert; die gleichen Typen wurden auch in der VR Polen, der Ungarischen VR und der ČSSR hergestellt. Nachdem sich die DDR, die VR Polen, die Ungarische VR und die ČSSR im Rahmen des RGW über die Spezialisierung bei der Herstellung von Radioröhren geeinigt haben, produziert jeder Partner jetzt nur noch je zehn Typen, versorgt jedoch damit auch die anderen Länder. Dadurch konnten diese Länder die Gesamtproduktion der RGW-Länder ohne besondere Kosten auf das Vierfache steigern.

Kennzeichnend für die sozialistische Arbeitsteilung ist die Entwicklung des polnischen Betriebs „Befama“ (Herstellung verschiedener Maschinen und Anlagen für die Spinnerei- und Textilindustrie). Die „Befama“ unterhält enge Verbindungen mit verwandten Betrieben der Sowjetunion, der DDR, der ČSSR, Bulgariens und der anderen RGW-Mitgliedsländer. So stellt der Betrieb gemeinsam mit dem Industriebetrieb „Malimo“ (DDR) komplexe Fertigungsstraßen für die Herstellung nichtgewebter Stoffe her. In letzter Zeit lieferte die „Befama“ eine große Anzahl von Maschinen an das Tjumener Kammgarn-Kombinat in der UdSSR. In den Produktionsab-

teilungen der „Befama“ hingegen arbeiten Maschinen und automatische Aggregate mit dem Firmenzeichen von Werken der Sowjetunion.

Der Pkw „Shiguli“ wird gegenwärtig in Zusammenarbeit der Sowjetunion mit dem Kraftfahrzeugbau Ungarns, Polens und Bulgariens gebaut. Die ungarische Industrie hat sich verpflichtet, 18 verschiedene Einzelteile für den „Shiguli“ zu fertigen. Als Gegenleistung wird das Automobilwerk an der Wolga 62 000 Fahrzeuge dieses Typs an Ungarn liefern. Bulgarien wird dem Autowerk in Togliatti 300 000 Sätze von Generatoren und Startern liefern; Bulgarien erhält aus der Sowjetunion Komplettierungsteile für sein Autowerk in Lovtsh. Die Kooperation mit der Autoindustrie der UdSSR ermöglicht es diesem Werk, im laufenden Jahr 7 000 Personenkraftwagen für den Binnenmarkt des Landes zu liefern.

Im Rahmen des RGW wird gegenwärtig eine umfassende Arbeit zur Vorbereitung und zum Abschluß neuer multilateraler Abkommen über die Spezialisierung und Kooperation der Produktion geleistet. Diese Abkommen sind für die Entwicklung der ökonomischen Integration von sehr großer Bedeutung. Nehmen wir zum Beispiel das im Januar 1972 von Bulgarien, Ungarn, der DDR, Polen, Rumänien, der Sowjetunion und der Tschechoslowakei unterzeichnete erste multilaterale Abkommen über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der gemeinsamen Planung und Herstellung bestimmter Arten moderner Metallzerspanungsmaschinen mit numerischer Programmsteuerung. Dieses Abkommen, das eine umfangreiche Nomenklatur dieser modernen Maschinenarten umfaßt, sieht ein Wachstum ihrer Produktion und eine Erweiterung der gegenseitigen Lieferungen im Jahre 1975 auf etwa das Fünffache des Standes von 1971 vor. Dadurch wird es möglich, die Dauer der Forschungs- und Entwicklungsarbeiten im Vergleich zu der Zeit, die nötig wäre, falls diese Arbeiten von den Ländern isoliert durchgeführt würden, um drei bis fünf Jahre zu verkürzen. Zugleich wird eine Einsparung von rund sieben Millionen Arbeitsstunden erreicht.

Zwei weitere multilaterale Abkommen — über die Spezialisierung für die Herstellung von Erzeugnissen aus Glas und Keramik — erfassen 93 Positionen von Grundausrüstungen und einzelnen Sätzen. Sie sehen gegenseitige Lieferungen von rund 200 Sätzen von Anlagen und technologischen Fertigungsstraßen (Werken, Werkabteilungen) sowie über 2 000 Einheiten von Grundausrüstungen vor. Die Verwirklichung dieser

Abkommen wird es gestatten, den Bedarf der Glas- und Keramikindustrie der RGW-Länder an Spezialanlagen vollständig zu decken.

3. Die Sicherung der Rohstoff- und Energiebasis des RGW insgesamt und der einzelnen Mitgliedsländer stellt angesichts der wachsenden Anforderungen eine vorrangige Aufgabe bei der Verwirklichung des Komplexprogramms dar. Gegenwärtig können die RGW-Länder im Ergebnis der Arbeitsteilung 90 Prozent ihres Rohstoffbedarfs selbst decken. Zur langfristigen Sicherung der Versorgung mit Rohstoffen sind im Komplexprogramm zwei Hauptwege vorgesehen.

Erstens werden auch in Zukunft die gegenseitigen Lieferungen von Rohstoffen, Brennstoffen und Elektroenergie im Austausch gegen Erzeugnisse der verarbeitenden Industrie, so wie sie sich in den vergangenen Jahren herausgebildet haben, weitergeführt. Diese Lieferungen bleiben auch künftig die entscheidende Grundlage der Rohstoffversorgung aller Mitgliedsländer des RGW, also auch der DDR.

Zweitens werden, um zusätzliche Quellen für die Rohstoff- und Energieversorgung zu erschließen, vielfältige und zum Teil neue Formen der Zusammenarbeit entwickelt, die auch den hohen unmittelbaren und langfristigen Belastungen der rohstoffproduzierenden Länder stärker Rechnung tragen. Gegenwärtig wird in der DDR geprüft, wie und in welchem Umfang wir uns an einigen der im Komplexprogramm vorgesehenen Gemeinschaftsvorhaben zur Erweiterung der Rohstoffbasis beteiligen werden.

Die Vorschläge der UdSSR, Polens und der Mongolei über die Errichtung zusätzlicher Produktionskapazitäten auf ihrem Territorium zur Erhöhung des Exports in andere RGW-Länder eröffnen neue Möglichkeiten für die Deckung des wachsenden Bedarfs der RGW-Länder an den erforderlichen Brennstoffen, Rohstoffen und an Energie. Die Sowjetunion hat mit der DDR, der ČSSR, Ungarn und Polen Abkommen über die Zusammenarbeit in der Erdöl- und Gasindustrie in den Jahren 1971 bis 1975 (in einigen Fällen auch für die nachfolgende Periode) abgeschlossen. Diese Länder beteiligen sich an der Entwicklung der Erdöl- und Gasförderung und an der Errichtung von Rohrleitungen, während die Sowjetunion die Steigerung des Exports der entsprechenden Waren in diese Länder sichert. Über den Bau einer Gasleitung aus der UdSSR durch Rumänien nach Bulgarien wurde ein Abkommen abgeschlossen.

Zur Versorgung der RGW-Länder mit Erzeugnissen der Schwarzmetallurgie wird der im Programm vorgesehene Bau eines großen Hüttenkombinats in der UdSSR mit vollem metallurgischem Zyklus auf der Basis der Eisenerzvorkommen des Kursker Beckens durch gemeinsame Anstrengungen der interessierten Länder beitragen. Technisch-ökonomische Untersuchungen zeigen, daß etwa in zehn Jahren ein riesiger metallurgischer Komplex mit einer Jahresproduktion von zehn bis zwölf Millionen Tonnen Gußbrammen und Halbzeugen, von beträchtlichen Mengen Eisenerz-Pellets und anderen Erzeugnissen errichtet werden kann. An der Durchführung dieses Projekts hat sich Jugoslawien interessiert gezeigt. Ferner ist in der Volksrepublik Polen der Bau eines Betriebes zur Produktion von Transformatorenblech hoher Qualität durch gemeinsame Anstrengungen der VRB, der UVR, der DDR und der VRP vorgesehen.

Wirtschaftsexperten der RGW-Länder kamen zu der Schlußfolgerung, daß die internationalen Vereinigungen von Betrieben, die die Bildung von RGW-Eigentum voraussetzen, der gegenwärtigen Etappe der wirtschaftlichen Entwicklung noch nicht entsprechen. Einfachere Formen von Vereinigungen, bei denen die volle finanzielle und technische Eigenständigkeit der nationalen Betriebe erhalten bleibt oder gemeinsames Eigentum durch zwei oder drei Länder begründet wird (Baumwollspinnerei DDR-Polen), sind hingegen nicht nur möglich, sondern auch notwendig, um Fortschritte in der Spezialisierung und Kooperation der Produktion zwischen den sozialistischen Ländern zu erreichen. Die internationale Vereinigung stellt in diesem Falle eine Methode oder Form der Koordinierung wirtschaftlicher und technischer Maßnahmen dar, die Betriebe der interessierten Länder mit ähnlichem Produktionsprofil realisieren. Zu ihrer Funktion würde zum Beispiel die Festlegung von Typenreihen und einer einheitlichen Nomenklatur für Erzeugnisse gehören, die zusammen hergestellt werden sollen. Dazu würden auch die Erarbeitung von Vorschlägen zur Erweiterung des Sortiments, zur Vereinheitlichung von Standards und gegenseitigen Lieferbedingungen, die volle Ausnutzung der Produktionskapazitäten und schließlich die Koordinierung von Forschungs-, Entwicklungs- und Konstruktionsarbeiten zählen.

Die Errichtung gemeinsamer Betriebe und Einrichtungen hängt auf das engste mit der Koordinie-

zung der Investitionen zusammen. Daraus resultieren auch die Ziele der Investitionskoordination:

- Deckung des Bedarfs an Brenn- und Rohstoffen sowie an Energie,
- Bereitstellung von Erzeugnissen, die für die Lösung der Aufgaben der wissenschaftlich-technischen Revolution von bestimmender Bedeutung sind (Automatisierungssysteme, Elektronik, MSR-Technik, Petrochemie),
- rationelle Ausnutzung materieller und Arbeitskräftereserven,
- Angleichung der Industriestruktur der RGW-Länder in bezug auf Effektivität und Rentabilität (optimale nationale Wirtschaftskomplexe),
- Sicherung optimaler Transportwege und -mittel.

Daraus resultiert die Notwendigkeit, beim Neubau von Produktionsbetrieben optimale Größenordnungen unter internationalen Maßstäben vorzusehen und zugleich einen ungerechtfertigten Parallelismus bei der Schaffung von Produktionskapazitäten für die Sicherung des Bedarfs der Mitgliedsländer zu beseitigen.

Formen der internationalen Investitionskoordination und gemeinsamen Errichtung von Vorhaben sind:

- Schaffung von Produktionskapazitäten, die den Bedarf anderer Mitgliedsländer mit decken, jedoch Eigentum des Standortlandes sind,
- Bereitstellung von materiellen und finanziellen Mitteln zur Entwicklung zusätzlicher Produktionskapazitäten auf den Territorien mehrerer Länder (Investitionsbeteiligung),
- gemeinsame Betriebe interessierter Länder.

Für die Gestaltung der Wirtschaftspolitik der DDR ergeben sich aus diesen Eckdaten der Realisierung des Komplexprogramms wichtige Konsequenzen. Es geht nicht um den Austausch von Waren schlechthin. Diese Warenlieferungen machen die tiefgehende Verzahnung unserer Volkswirtschaften und die Tatsache deutlich, daß die Länder ihre volkswirtschaftliche Entwicklung unter Berücksichtigung der Interessen der sozialistischen Staatengemeinschaft gegenseitig abstimmen und sie entsprechend gestalten. Diese Verflechtungen reichen bis tief hinein in die unmittelbaren materiellen und

kulturellen Lebensbedingungen der Werktätigen unserer Länder.¹⁷

Der dialektische Zusammenhang der Interessen der gesamten sozialistischen Gemeinschaft mit den nationalen Belangen der einzelnen RGW-Länder läßt sich am Beispiel der DDR in besonderem Maße verdeutlichen. Mehr noch als jeder andere sozialistische Staat sieht sich unsere Republik der Notwendigkeit gegenüber, den Prozeß der internationalen Arbeitsteilung zwischen den sozialistischen Staaten gezielt voranzutreiben, weil u. a.

- der Spezialisierungsgrad unserer Industrie besonders fortgeschritten ist;
- damit zusammenhängend unser Land immer weniger Möglichkeiten hat, die Bedürfnisse seiner Bevölkerung aus eigener Kraft zu befriedigen;
- die Rohstoffbasis unserer Republik extrem schmal ist.

Für die DDR kommt es unter diesen Bedingungen nicht auf breite außenwirtschaftliche Beziehungen schlechthin an, sondern auf stabile außenwirtschaftliche Beziehungen. Nichts aber ist stabiler als ein starker sozialistischer Markt, der sich nach gleichen Gesetzmäßigkeiten regelt und weder Währungs- noch sonstige Wirtschaftskrisen kennt.

Es versteht sich, daß im Rahmen unserer Zusammenarbeit mit den RGW-Ländern den arbeitsteiligen Beziehungen zur Sowjetunion als der Hauptmacht des sozialistischen Weltsystems besondere Bedeutung zukommt:

● Die UdSSR besitzt das mit Abstand größte Produktionspotential aller sozialistischen Staaten. Ihre Rohstofflieferungen in die DDR betragen bei Erdöl und Eisenerz nicht weniger als 90 Prozent. Aus der Sowjetunion stammt jede dritte Tonne Stahl, die im Maschinenbau, im Bauwesen und in anderen Zweigen unserer Volkswirtschaft verarbeitet wird. Sowjetische Importe decken unseren größten Bedarf an Bunt- und Edelmetallen. Zunehmende Bedeutung gewinnen auch die Importe von Anlagen, Maschinen und Geräten aus der UdSSR. So wichtige Objekte unserer Energiewirtschaft wie das Kernkraftwerk Nord und die neuen Wärmekraftwerke Thierbach, Boxberg und Hagenwerder sind durchweg mit hochleistungsfähigen sowjetischen Anlagen ausgerüstet.

● Kein Land des RGW besitzt ein so hohes Forschungspotential wie die UdSSR. Niemals wäre die DDR aus eigener Kraft

in der Lage, z. B. jene Erfindungen und Produktionsverfahren zu schaffen, über die die Sowjetunion verfügt und die sie uns zur Nutzung überläßt. Unmittelbaren Gewinn zieht unsere Republik auch aus der Tatsache, daß zur Zeit 200 Forschungs-, Projektierungs- und Konstruktionsbetriebe der UdSSR gemeinsam mit entsprechenden Partnern aus der DDR an der Lösung von 400 wissenschaftlich-technischen Problemen arbeiten.

● Kein Land der Welt vermag unserer Wirtschaft einen so stabilen und aufnahmefähigen Markt zu bieten wie die Sowjetunion. Für den größten Teil unserer Exportproduktion bestehen feste und langfristige Vereinbarungen zwischen den Regierungen beider Länder. Das ist für viele Zweige unserer Volkswirtschaft, insbesondere für den Maschinenbau und die Elektrotechnik/Elektronik, von ausschlaggebender Bedeutung. Diese Vereinbarungen ermöglichen große Serien von Schiffen, Reisezugwagen, Kühlwagen, Landmaschinen, Werkzeugmaschinen und anderen wichtigen Exportgütern. Sie schaffen dadurch zugleich günstige Voraussetzungen für hocheffektive Technologien und damit für die Erhöhung unserer volkswirtschaftlichen Effektivität und Arbeitsproduktivität.

Diese Vorzüge zur vollen Wirkung zu bringen erfordert freilich, daß wir die aus der sozialistischen Arbeitsteilung erwachsenden Verpflichtungen gewissenhaft erfüllen. Stets aufs neue sollten wir uns vor Augen führen, daß von der internationalen Vertragstreue zwischen sozialistischen Produktionspartnern unter Umständen ganze Fertigungsprogramme in einem Bruderland abhängen und es letztlich ein Verdienst der sorgfältigen und verantwortungsbewußten Arbeit jedes einzelnen Bürgers der sozialistischen Staatengemeinschaft ist, daß die RGW-Länder heute den sich am raschesten entwickelnden Raum der Erde darstellen und bei einem Anteil von nur 10 Prozent der Weltbevölkerung mit mehr als einem Drittel am jährlichen Zuwachs des Nationaleinkommens aller Staaten der Welt und mit fast 50 Prozent an der Steigerung der Weltindustrieproduktion beteiligt sind.

IV. Weltoffenheit kontra Wirtschaftsblockbildung

In politischen Gesprächen mit unseren Mitgliedern wird im Hinblick auf die Resultate, die unter dem Einfluß der Überlegenheit des Sozialismus und der Friedensoffensive des sozialistischen Lagers bereits erzielt worden sind, nicht selten

die Frage gestellt, in welchem Verhältnis sich der RGW zu kapitalistischen Integrationsräumen, z. B. der „Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft“ als einem wirtschaftlichen Zusammenschluß von neun westeuropäischen kapitalistischen Industriestaaten, befindet.

Der Prozeß der wirtschaftlichen Integration ist – wie wir sahen – sozialökonomisch und politisch determiniert. Die Unterschiede zwischen sozialistischer und kapitalistischer Integration bestehen in zwei prinzipiellen Tatsachen:

Erstens sind die Ziele der Wirtschaftsintegration unterschiedlich, was aus den entgegengesetzten gesellschaftlichen Grundlagen der Wirtschaftssysteme resultiert. Die sozialistische ökonomische Integration erhöht die Effektivität der Volkswirtschaften, um so die Unterschiede im ökonomischen Entwicklungsniveau auszugleichen und auf diese Weise den Lebensstandard der Völker zu erhöhen. Die kapitalistische Wirtschaftsintegration zielt darauf ab, die Macht der großen Monopole und Konzerne zu erweitern, um durch ein Diktat auf dem Markt für mehrere Länder neue Möglichkeiten für die Monopolisierung ganzer Zweige und die Ausschaltung schwächerer Konkurrenten zu erhalten.

Zweitens besteht ein prinzipieller Unterschied in den Mitteln, Wegen und Methoden der Durchsetzung der Wirtschaftsintegration. Wie das Komplexprogramm des RGW zeigt, konzentriert sich die sozialistische Wirtschaftsintegration bewußt auf die Hauptrichtungen der ökonomischen Entwicklung, auf die Vereinigung der Ressourcen zum Zwecke einer reibungslosen und möglichst rationellen Lösung der ökonomischen Probleme der sozialistischen Länder. Deshalb liegt der Schwerpunkt der sozialistischen Wirtschaftsintegration auf der Kooperation und Spezialisierung als Hauptform der internationalen Arbeitsteilung im Bereich von Produktion, Wissenschaft und Technik. Die kapitalistische Integration dagegen bevorzugt alle die Wege und Methoden, die der Erweiterung der Macht der Monopole dienen. Dazu gehört zum Beispiel der Versuch, durch Aufhebung von Handels- und Zollgrenzen den damit verbundenen Schutz für mittlere und kleinere Betriebe zu beseitigen, Hunderttausende Bauernwirtschaften unter dem Deckmantel der Rationalisierung zu liquidieren und durch Formulierung einer sogenannten „Freizügigkeit der Niederlassung“ Hunderttausende von Arbeitern und Angestellten zu zwingen, dem Kapitalismus aus einem kapitalistischen Staat in den anderen zu folgen.

Die EWG, die Ursachen ihrer Entstehung, ihre Entwicklungstendenzen in der Gegenwart und nicht zuletzt ihre Perspektiven zeigen, daß es sich bei ihr um einen staatsmonopolistisch regulierten, durch Zoll-, Handels- und Währungs-schranken abgegrenzten regionalen Markt handelt, dem die Diskriminierung von Drittländern immanent ist. Hier spielen vor allem drei Faktoren eine Rolle:

1. Die Bildung der EWG, ihre Erweiterung und der versuchte Übergang von einer Zoll- zu einer Wirtschafts- und Währungsunion ist Ausdruck für die dem heutigen Kapitalismus systemeigene Neuaufteilung der Einflußsphären, Absatz- und Bezugsmärkte. Durch Vereinheitlichung der Zölle und anderen handelspolitischen Bestimmungen gegenüber Drittländern, der Steuersätze und damit der Bedingungen für einen Teil der Verwertung des Kapitals sind jene Kräfte und Potenzen verstärkt worden, die das Kräfteverhältnis im kapitalistischen Lager zugunsten der EWG verändert haben. Vor allem haben die EWG-Länder ihre Exportbedingungen wesentlich verbessert und somit die Widersprüche zwischen den drei Rivalitätszentren – USA, EWG und Japan – wesentlich verschärft.

Die Rivalität der EWG gegenüber den USA und Japan wird nicht zuletzt durch die Bestrebungen charakterisiert, andere westeuropäische Länder (z. B. Länder der „Rest-EFTA“), Anliegerstaaten des Mittelmeers und die Masse der Länder des afrikanischen Kontinents durch Präferenz-, Freihandels- und Assoziierungsabkommen an die EWG zu binden: Durch gegenseitige zoll- und handelspolitische Erleichterungen können die starken westeuropäischen kapitalistischen Industriestaaten rascher in die Märkte anderer Länder eindringen, wobei die „Präferenzen“ für Rohstoff- und Nahrungsmittellieferungen dieser Länder bei weitem nicht die Nachteile aus preispolitischen Übervorteilungen bei Exporten aus Industrieländern kompensieren.

Die gegenwärtige Situation auf dem kapitalistischen Weltmarkt, besonders nach der zweimaligen Abwertung des US-Dollars, wird durch die Versuche der USA-Monopole bestimmt, angesichts der Niederlage des USA-Imperialismus in Vietnam ein Ventil für die aufgestauten Widersprüche im inländischen Reproduktionsprozeß durch verstärkte Exporte zu suchen und den „Sperrriegel“ der EWG aufzubrechen. Die USA-Regierung hat dazu Vollmachten für Zollerhöhungen sowie Importbeschränkungen gegenüber den EWG-Ländern

und Japan erhalten. Damit reift ein allgemeiner Handels- und auch Wirtschaftskrieg zwischen den Rivalitätszentren des Kapitalismus heran, der wiederum die Wirtschaftsblockbildung der EWG desintegrierend beeinflussen kann.

2. Die aggressive Wirtschaftsblockbildung der EWG ist unmittelbar mit der Zunahme der Konflikte zwischen den EWG-Ländern sowie der Widersprüche zwischen den herrschenden Klassen und den Werktätigen bestimmt. Das zeigt sich zunächst in einer generellen Internationalisierung der Inflation, da durch die gezielte Abschirmung gegenüber den Märkten der Konkurrenten besonders die Lebenshaltungskosten den Wirkungen der Monopolpreisbildung und damit der allgemeinen Preistreiber unterliegen. Dabei ist jedoch nicht erreicht worden, daß die EWG-Länder eine Annäherung ihrer wirtschaftlichen Positionen vollzogen haben.

Der unterschiedliche Stand des wirtschaftlichen Wachstums und des Niveaus wird nicht zuletzt in den Auseinandersetzungen um den Ausbau der EWG von der Zoll- zur Wirtschaftsunion deutlich. Alle bisherigen Versuche, eine derartige Wirtschafts- und Währungsunion als einheitlich abgegrenzten Wirtschaftsblock gegenüber Drittländern zu schaffen, sind trotz mehrfacher Ansätze und zweier Gipfelkonferenzen in Den Haag und Paris gescheitert. Immer wieder bewirkte Kompromisse in Teilfragen vermögen nicht, dieses Dilemma zu beseitigen. Dahinter verbergen sich EWG-interne Machtauseinandersetzungen zwischen der BRD, Frankreich und auch Großbritannien um den Führungsanspruch in der EWG. Gerade die Zuspitzung der Währungskrise im Frühjahr 1973 hat den Unterschied zwischen dem Einfluß der „großen“ und der „kleinen“ EWG-Staaten offenbart.

3. Die EWG trägt einen starken antisozialistischen Charakter. So sollen ab 1973 alle Handelsverträge von EWG-Staaten mit sozialistischen Ländern nur noch durch die EWG-Behörden in Brüssel abgeschlossen werden. Durch diese Konzentration handelspolitischer Instrumente soll ein besseres Eindringen in die Volkswirtschaften der RGW-Länder erleichtert werden. Es nehmen die Versuche zu, mit einzelnen Mitgliedsländern des RGW „Sonderabkommen“ über den Export von Agrarprodukten und Industrieerzeugnissen abzuschließen, was dem allgemein anerkannten Grundsatz der Nichtdiskriminierung und der Meistbegünstigung im Außenhandel widerspricht.

Das Komplexprogramm der sozialistischen ökonomischen Integration dagegen ist auf Weltoffenheit gerichtet. Ausdrücklich wird darin fixiert, daß auch Nichtmitgliedsländer an der Arbeit des RGW und seiner Organe ganz oder teilweise teilnehmen können.¹⁸ Das Verhältnis des RGW zu Jugoslawien und der Vertrag mit Finnland sind ein Zeugnis dafür, daß der RGW keine Abkapselung beabsichtigt, sondern eine auf Gleichberechtigung, Nichtdiskriminierung und Meistbegünstigung sowie gegenseitigen Vorteil orientierte Weltoffenheit anstrebt. Das wird nicht zuletzt in Beratungen über ein System der kollektiven europäischen Sicherheit eine Rolle spielen. Die wirtschaftlichen Beziehungen der Sowjetunion zu Frankreich und die jüngst angebahnten handelspolitischen Kontakte mit den USA sind Ausdruck dafür, daß auch unter den Bedingungen des prinzipiellen Unterschieds der Integrationsräume sozialistischen und kapitalistischen Charakters vorteilhafte Beziehungen auf der Grundlage des Prinzips der friedlichen Koexistenz zwischen Staaten verschiedener Gesellschaftsordnung möglich sind.

Immer wieder wird von kapitalistischen Wirtschaftskreisen die Behauptung aufgestellt, daß die Festigung der sozialistischen ökonomischen Integration im RGW der Entspannung in der Welt und den daraus folgenden engeren wirtschaftlichen Kontakten zuwiderlaufe. Das Gegenteil ist der Fall: Gerade die Profilierung der sozialistischen Gemeinschaft als planmäßiger und freiwilliger Zusammenschluß sozialistischer Staaten, ihre ökonomische Integration zur Sicherung eines hohen wirtschaftlichen Wachstumstempos, der Erhöhung des Lebensstandards der Werktätigen und der Verbesserung der Wirtschaftsstruktur angesichts der Anforderungen der wissenschaftlich-technischen Entwicklung gibt überhaupt erst die Möglichkeit, gleichberechtigte und gegenseitig vorteilhafte Wirtschaftsbeziehungen zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung anzubahnen, wobei immer vom Grundsatz der Achtung der nationalen Souveränität ausgegangen werden muß.

Ausgehend von den Thesen Lenins über die auf die Sicherung des Friedens gerichtete Außenpolitik, ist es den sozialistischen Staaten im Ergebnis des veränderten Kräfteverhältnisses in der Welt und durch ihre koordinierte Friedenspolitik gelungen, bedeutende Fortschritte auf dem Wege der Entspannung und der Gewährleistung der Sicherheit in Europa zu erzielen. Dadurch sind reale Bedingungen für eine

Ausweitung und Vervollkommnung der Wirtschaftsverbindungen zwischen den sozialistischen und kapitalistischen Staaten entstanden. Ihre planmäßige Ausnutzung kann dazu beitragen, den Frieden sicherer zu machen und den Sozialismus ökonomisch zu stärken.

Zwischen den Zielen der sozialistischen ökonomischen Integration und der Entwicklung einer weltweiten Arbeitsteilung und Wirtschaftszusammenarbeit besteht ein enger Zusammenhang. Je fester die politische und ökonomische Verankerung der einzelnen sozialistischen Länder in der Staatengemeinschaft ist und je besser die Koordinierung der wirtschaftspolitischen Ziele und Handlungen der RGW-Länder gegenüber den kapitalistischen Staaten sich entwickelt, um so wirksamer können die RGW-Länder die Vorzüge der weltweiten internationalen Arbeitsteilung und wirtschaftlichen Zusammenarbeit ausnutzen und alle Diskriminierungs-, Diversions- und Unterwanderungsversuche des Imperialismus auf ökonomischem Gebiet zum Scheitern bringen.

Die Theorie und Praxis der sozialistischen ökonomischen Integration hat mit Auffassungen einer Abkapselung oder Autarkie der Wirtschaft der RGW-Länder nichts gemein. Gleichzeitig ist jedoch davon auszugehen, daß Wirtschaftsbeziehungen mit kapitalistischen Staaten für ein sozialistisches Land keine Alternative zur Wirtschaftskooperation zwischen den sozialistischen Ländern und für die Bewältigung der Anforderungen der wissenschaftlich-technischen Revolution darstellen können.

Mit dem Komplexprogramm für die sozialistische ökonomische Integration ist ein Prozeß eingeleitet worden, dessen Bedeutung über die ökonomischen Aufgaben hinauswächst und in den Gesamtprozeß der allmählichen Annäherung der sozialistischen Staaten und Nationen einmündet. Immer größer wird der Umfang, immer höher die Qualität der direkten Beziehungen zwischen den Arbeitskollektiven, den gesellschaftlichen Organisationen, den Betrieben, den Bürgern unserer sozialistischen Staaten. Ein nicht unwichtiger Beitrag zur Vertiefung der Freundschaft und zur allmählichen Annäherung der Völker unserer sozialistischen Staaten ist ihr gegenseitiges Kennenlernen und Vertrautwerden im Zuge des wachsenden Reise- und Touristenverkehrs.

Auf diesem guten Wege werden wir weiter voranschreiten, damit unsere sozialistische Staatengemeinschaft — so wie

L. I. Breshnew auf dem XXIV. Parteitag der KPdSU betont hat — immer mehr zu einer einträchtigen, festgefügtten Familie von Völkern wird, in der die Menschen der Erde das Vorbild einer künftigen weltweiten Gemeinschaft freier Menschen sehen können.

Anmerkungen

- 1 13. Parteitag der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands, Erfurt 11.–14. Oktober 1972, Bulletin, S. 96
- 2 ebenda, S. 382 (Hervorhebung vom Verfasser)
- 3 ebenda, S. 93
- 4 Vgl. Lehrbuch „Politische Ökonomie Sozialismus“, Berlin 1972, S. 573
- 5 Vgl. Autorenkollektiv: „Sozialistische Staatengemeinschaft“, Berlin 1972, S 101
- 6 Breshnew, L. I.: „Auf dem Wege Lenins“, Bd. 2, Berlin 1971, S. 173
- 7 Weiß, G.: „Der objektive Charakter der sozialistischen ökonomischen Integration. Das Komplexprogramm für die weitere Vertiefung und Vervollkommnung der Zusammenarbeit und Entwicklung der sozialistischen ökonomischen Integration der Mitgliedsländer des RGW“, Berlin 1972, S. 10
- 8 Butenko, A. P.: „Sozialistische Integration — Wesen und Perspektiven“, Berlin 1972, S. 18
- 9 ebenda, S 22/23
- 10 Vgl. Bogomolow, O. T.: „Aktuelles Entwicklungsproblem des sozialistischen Weltsystems im Lichte der Leninschen Lehre“, in: Einheit 1970, S. 456; Maximowa, M.: „Zu einigen methodologischen Fragen der wirtschaftlichen Integration“, in: Sowjetwissenschaft, Ges. wiss. Reihe, 1969, S. 901
- 11 Stoph, W.: „Bericht zur Direktive des VIII. Parteitages der SED zum Fünfjahrplan für die Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR in den Jahren 1971 bis 1975“, Berlin 1971, S. 45
- 12 Butenko, A. P., a. a. O., S. 29
- 13 Komplexprogramm für die weitere Vertiefung und Vervollkommnung der Zusammenarbeit und Entwicklung der sozialistischen ökonomischen Integration der Mitgliedsländer des RGW, in: Dokumente des RGW, Berlin 1971, S. 20
- 14 Senin, M. W.: „Sozialistische Integration“, Berlin 1972, S. 261
- 15 Komplexprogramm, a. a. O., S. 16 f.
- 16 Weiß, G., a. a. O., S. 34
- 17 Weiß, G., a. a. O., S. 44
- 18 Komplexprogramm, a. a. O., S. 124

Inhalt

Einleitung	3
I. Sozialistische Integration setzt neue Denk- und Verhaltensmaßstäbe	4
II. Sozialistische ökonomische Integration baut auf eigenen Grundlagen und Triebkräften	9
III. Die Verwirklichung des Komplexprogramms der sozialistischen ökonomischen Integration ist eine zentrale Aufgabe bei der Erfüllung der Volkswirtschaftspläne..	23
IV. Weltoffenheit kontra Wirtschaftsblockbildung	38

Von den bisher erschienenen Titeln der Reihe „Hefte aus Burgscheidungen“ sind noch folgende Nummern lieferbar:

- 26 Prof. Dr. Kurt Wiesner: Albert Schweitzer zum 85. Geburtstag
- 33 Dr. Bohuslav Pospisil: Die Prager Christliche Friedenskonferenz
- 52 Vom Glauben zum Bekenntnis – Aus der Arbeit des Gesamtstaatlichen Friedensausschusses der katholischen Geistlichkeit in der CSSR
- 54 Amedeo Molnár: Johannes Hus, der Wahrheitsverteidiger
- 57 Die Bewegung nationaler Christen in Indien (The Indian National Hindustani Church)
- 61 Hans Zillig: Der Christ in der sozialistischen Landwirtschaft
- 66 Gertrud Illing: Der deutsche Kolonialismus und der Neokolonialismus des Bonner Staates
- 90 Fritz Beyling: Morgenröte unserer neuen Zeit
- 91 Luitpold Steidle: Das große Bündnis
- 92 Alwin Schaper: Otto Nuschke und seine Zeit
- 108 Gerald Götting: Gute Planerfüllung ist die beste Außenpolitik
- 119 Prof. Dr. Tamás Esze: Der Weg der Reformierten Kirche Ungarns
- 121 Gerald Götting: In christlicher Verantwortung für Frieden und Sozialismus
- 122 Otto Nuschke: Koexistenz – das ist heute der Friede
- 126 Wolfgang Heyl: Wissenschaftliche Leitungstätigkeit – Voraussetzung neuer Erfolge
- 127 Prof. Rudolf Neuhaus: Dauerhafte Friedensordnung durch Vertrauen und Verträge
- 128 Heinz Büttner u. a.: Sieg der Gemeinsamkeit – Glück des Volkes
- 138 Günter Bauer: Wissen ist Macht – Die Mitverantwortung der christlichen Demokraten für die Ausgestaltung des sozialistischen Bildungssystems
- 140 Wolfgang Heyl: Zwanzig Jahre demokratische Bodenreform
- 143 Heinz Büttner: Geordnete Beziehungen – Grundlage gedeihlicher Zusammenarbeit zum Wohle des Volkes
- 145 Edmund Meclowski: Neues Leben in Polens West- und Nordgebieten
- 149 Gerhard Desczyk: Vom Friedensdienst der Katholiken
- 152 H. C. Herrmann: Der Bonner Neokolonialismus und seine Unterstützung durch NATO-gebundene westdeutsche Kirchenleitungen
- 157 Christlicher Dienst in den gesellschaftlichen und internationalen Fragen unserer Zeit – Ungarischer Studienbeitrag zur Thematik des Weltkongresses „Kirche und Gesellschaft“
- 161 Dr. Nikolaus Zaske: „Ex oriente pax“
- 162 Dr. theol. habil. Günther Kehnscherper: Die Große Sozialistische Oktoberrevolution und die Kirchen Mitteleuropas

- 163 Die Reformation als Erbe und Auftrag – Aus der „Wegweisung“ der Generalsynode der Reformierten Kirche in Ungarn
- 164 Carl Ordnung: Die Oktoberrevolution verändert die Welt
- 166 Günter Wirth: Deutsche Friedenspolitik 1917–1967
- 167 Günter Wirth: Christliche Ethik und sozialistische Wirklichkeit
- 168 Metropolit Nikodim von Leningrad und Nowgorod: 50 Jahre Moskauer Patriarchat (1917–1967). Mit einem Vorwort von Gerald Götting
- 170 Werner Wünschmann: Kultur hilft unser Leben meistern
- 171 Walter Bredendiek: Zwischen Revolution und Restauration. Zur Entwicklung im deutschen Protestantismus während der Novemberrevolution und in der Weimarer Republik
- 172 Metropolit Nikodim: Auftrag und Verantwortung der Gläubigen bei der Erhaltung des Weltfriedens
- 174 Günter Wirth: Der Leninismus und die bürgerlich-demokratischen Kräfte
- 175 Wolfgang Gudenschwager: Zur Kulturpolitik der CDU 1945 bis 1952
- 176 Gerhard Fischer: Wir haben die Geschichte der DDR mitgeschrieben
- 177 Wolfgang Heyl: Was unsere Parteigeschichte lehrt
- 178 Wladimir Petrowitsch Grenkow: In Freundschaft verbunden
- 179 Carl Ordnung: Christen im Ringen um eine bessere Welt – Zum Selbstverständnis der Christlichen Friedenskonferenz
- 180 Günter Wirth: Karl Liebknecht über Christentum und Kirche
- 182 Werner Wünschmann: Kulturvoll leben – staatsbewußt handeln
- 183 Werner Wünschmann: Für die sozialistische Bildung und Erziehung der jungen Generation
- 184 Der Auftrag der Tschechoslowakischen Volkspartei
- 185 Wladimir Petrowitsch Grenkow: Auf der Hauptstraße der Weltgeschichte – Zum 50. Jahrestag der Gründung der UdSSR
- 186 Gerald Götting: Politisch-ideologische Arbeit – Hauptfeld unseres Wirkens
- 187 Hans-Joachim Beeskow: An der Seite der jungen Arbeiterklasse – Stud. theol. et phil. Edmund Monecke – Ein Beitrag zum 125. Jahrestag der bürgerlich-demokratischen Revolution von 1848/49
- 188 Gerhard Fischer: Wachsende Führungsrolle der Arbeiterklasse – höhere Mitverantwortung im Bündnis
- 189 Ulrich Fahl: Der gesellschaftliche Auftrag der CDU und seine Verwirklichung durch die Ortsgruppen und Kreisverbände der Partei

Verkaufspreis 0,50 M

Vertrieb an den Buchhandel durch Union Verlag (VOB), Berlin

III-9-19 Ag 224-67-73 5207